

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Die nächste Nummer wird des Bettages wegen am Donnerstag den 25. April, Nachmittags ausgegeben.

Amtliches.

Berlin, 23. April. Se. Majestät der König haben Alsternägigkeit ge-ruht: Dem bisherigen Kommandeur der 14. Kavallerie-Brigade, General-Major a. D. von Meyerinck, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Stadtgerichts-Direktor, Geheimen Justizrat Jo- hannes Ludwig Voigt zu Berlin, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Pfarrvater Poepplinghaus zu Nellinghausen im Kreise Esens den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Haussvater des Land-armenhauses bei Wittstock, George Räther, und dem Gefangenewärter August Sebastian Kitz zu Sagan das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner die Kreisrichter Pfotenhauer in Siegen, Wittmünz und Krüger in Stralsund und Kühne in Greifswald zu Kreisgerichtsräthen zu er-nennen und den Rechts-Anwälten und Notaren Dr. Gutfahr in Greifswald und Wagener in Stralsund den Charakter als Justizrat zu verleihen; endlich den nachbenannten Offizieren die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: dem Kommandeur der 2. Garde-Kavalle-rie-Brigade, General-Major von Griesheim, des Großkreuzes des Groß-herzoglich todesanfürstlichen Militär-Verdienst-Ordens; dem Major von Ploch, à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß, der Fürstlich Lippe-detmoldischen Militär-Verdienst-Medaille; dem Premier-Lieutenant Grafen zu Ranau, von demselben Regiment, des Ritterkreuzes des R. portugiesischen Thurn- und Schwert-Ordens; dem Major von Chile, vom Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiment (Nr. 1), des Offizierkreuzes, und dem Second-Lieutenant von Willisen, vom 1. Garde-Regiment zu Fuß, des Ritterkreuzes des Kaiserlich französischen Ordens der Ehrenlegion; dem Major von Krosigk, vom Generalstab der 2. Garde-Infanterie-Division, des Kommandeurkreuzes des R. belgischen Leo-pold-Ordens und des Offizierkreuzes des R. sardinischen St. Mauritius- und Lazarus-Ordens; dem Rittmeister und Kadronchef von Oppen, vom Regiment der Gardes du Corps, des Ritterkreuzes des leitgenannten Ordens; dem Rittmeister und Kadronchef Prinzen zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, vom 3. Garde-Ulanen-Regiment, des Großkreuzes des Herzoglich Sachsen-ernestinischen Haus-Ordens; dem Inspektor der Jäger und Schützen, Oberst von Werder, à la suite des Garde-Jäger-Bataillons, des Kommandeurkreuzes erster Klasse mit Schwertern des Herzoglich na-jauchigen Militär- und Civil-Verdienst-Ordens Adolphi von Nassau, und dem Major von Nibbeck, vom Brandenburgischen Husaren-Regiment (Bietzen-Husaren) (Nr. 3), des Ritterkreuzes des R. hannoverschen Guelphen-Ordens.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Dienstag 23. April. Der heutige „Moniteur“ enthält einen Artikel, in welchem es heißt: Die Warschauer Ereignisse sind in den Beiträgen mit der herkömmlichen Sympathie gewürdigte worden. Gleichwohl würden diese Beweise der Theilnahme und des Interesses der polnischen Sache einen schlechten Dienst geleistet haben, wenn sie die Wirkung hätten, die öffentliche Meinung irre zu führen, indem sie dieselbe zu der Voraussetzung veranlassen, die Regierung des Kaisers ermuthige Hoffnungen, welchen nicht könne entsprochen werden. Die edlen Absichten und Ideen des Kaisers Alexander sind ein sicheres Unterpfand, daß der Wunsch nach Verbesserungen, welche der Stand der Dinge in Polen gestattet, erfüllt werden wird. Schließlich giebt der Artikel den Wunsch kund, daß der Friede durch Manifestationen, welche der Würde und den politischen Interessen des russischen Reichs entgegenstehen und eine Gewirkung gegen die Dispositionen des Souveräns bilden würden, nicht verhindert werden möge.

(Eingeg. 23. April 12 Uhr 35 Minuten Nachmittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 22. April. [Schleswig-holsteinsche Stellung; Epilog zur Macdonaldschen Angelegenheit; Gerüchte über die Huldigungsfestlichkeiten.] Die schleswig-holsteinsche Angelegenheit ist seit dem Schlus der Spehoer Ständesammlung wieder wie in Vergessenheit versunken, und der Bundestag scheint keine Ahnung davon zu haben, daß die der dänischen Regierung gestellte sechswochentliche Frist schon längst abgelaufen ist. Preuhenseidliche Blätter bemühen sich, die Schuld der Saumseidigkeit auf das Berliner Kabinett zu wälzen, und geben vor, dasselbe stehe noch immer mit England wegen einer Vermittelung in Unterhandlung und scheue sich, preußische Truppen an der Exekution Theil nehmen zu lassen. Alles das ist höchstwahrscheinlich Erfindung. Es liegt eben in dem Geschäftsgange der Bundesversammlung, daß sie für jedes Stadium ihrer Beschlüsse ausgedehnte Zögerrungsfristen nicht vermeiden kann, da jedem Votum ein Ausschusserbericht und die Instruktion der Bundesgesandten von Seiten ihrer respektiven Regierungen vorangehen muß. Allem Anschein nach wird jetzt noch die schlichtliche Erklärung Dänemarks abgewartet. Bedenkt hat Preußen keinen Theil an der Verschlep-pung, und ebenso wenig unterstützt unsere Regierung irgend eine Intervention Englands. Doch scheint Lord Russell seine Vermittelungs-versuche allerdings noch nicht aufgegeben zu haben.

Die fast verschollene Macdonald-Angelegenheit ist noch einmal auf das Tropf gebracht worden, und hat der „Times“ wiederum Stoff zu einem erbohrten Leitartikel gegen Preußen gegeben. Veranlassung war die Veröffentlichung der in dieser Sache zwischen Berlin und London gewechselten Korrespondenz, welche ein artiges Blaubuch füllt. Man begreift es kaum, daß die englische Diplomatie sich dazu hergeben konnte, die mit äußerster Milde bestraft wurde. Glücklicherweise erhellt aus dem Schriftwechsel, daß Herr v. Schleinitz den englischen Annahmen nicht das leiseste Zugeständniß gemacht hat, und die Schlusdepesche Lord Russells konstatiert eben mit bittrem Groll, daß Preußen die Freundschaft für England nicht bis zur Willfähigkeit gegen britischen Eigen-

dunkel ausbeuten lassen will. — Eine Pariser Korrespondenz berichtet von einer Ministerkrise, die hier wegen widerstreitender Ansichten über die Huldigungs-Festlichkeiten ausgebrochen sein soll. Das Ministerium halte derartige Festlichkeiten für unstatthaft und wisse namentlich die Geldmittel für dieselben nicht zu beschaffen. An der Sache ist nur das wahr, daß die bisherigen Berathungen noch zu keinem definitiven Ergebnis gelangen konnten. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß die Kosten der in Aussicht genommenen Festlichkeiten nicht durch Staatsmittel, sondern durch freiwillige Beisteuer der Bevölkerung zu decken sind.

[Berlin, 21. April. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Gestern Vormittag war der König, die Königin, der Kronprinz und die Kronprinzessin und alle die übrigen hohen Herrschaften nach Potsdam gefahren. Der König und die Prinzen besichtigten zunächst die dort garnisonirenden Schwadronen des Regiments Garde du Corps und machten alsdann im Schlosse Sanssouci einen längeren Besuch. Um 3 Uhr erfolgte die Rückkehr nach Berlin und konferirte alsdann der König mit dem Fürsten von Hohenzollern und dem Minister v. Auerswald. An der Tafel erschien mit den übrigen fürtlichen Gästen auch der Prinz Wilhelm von Baden, der Abends seine Rücksreise nach Karlsruhe fortsetzen wollte, aber auf den Wunsch des Königs noch hier geblieben ist. Abends war im königlichen Palais Theegesellschaft, zu der die Herzogin von Sagan, ihr jetzt hier anwesender ältester Sohn, der Herzog von Calleyrand-Balençay und Gemahlin, die Fürsten und Fürstinnen Radziwill und andere hochgestellte Personen Einladungen erhalten hatten. Der Herzog von Balençay hat sich Anfangs dieses Monats mit der Wittwe unseres vor etwa 2 Jahren in Paris verstorbenen Gesandten, Grafen Hatzfeldt, vermählt, will mit seiner Gemahlin einige Tage bei der Mutter hier verweilen und dann einen längeren Aufenthalt auf Schloss Sagan nehmen. — Heute wohnten der König und die Königin, der Prinz Karl und Gemahlin, die Prinzen Friedrich, Georg und Albrecht dem Gottesdienste im Dome bei; der Kronprinz und die Kronprinzessin waren in der Garnisonkirche. Mittags hatte der König eine Besprechung mit dem Minister v. Schleinitz und den Gesandten Grafen Oriolla und Pourtales. Graf Oriolla hatte auch gestern den König nach Potsdam begleitet. Bei der Besprechung war auch Fürst Hohenzollern zugegen. Die Familientafel fand beim Prinzen Karl statt und nahmen auch die Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen daran teil. Abends waren die Herrschaften im kronprinzipialen Palais zum Thee versammelt. — Wie man in den Hofkreisen sich erzählt, sollen die Huldigungsfestlichkeiten zu Königsberg in den Tagen vom 2. bis 6. zu Berlin vom 8. bis 10. und in Koblenz am 12. und 13. Juni stattfinden. Andere wollen behaupten, daß Köln für diese Festlichkeiten aussersehen sei; mir ist jedoch ausdrücklich bemerkbar, daß die Majestäten sich für Koblenz erklärt hätten. Auf dieser Reise in die Provinzen werden die Majestäten von den obersten Hofchargen begleitet sein; wir dürfen also zuvor sicher noch die Ernennung eines Oberstklämmerers und auch die eines Haubministers erwarten. — Den großen Manövern des 7. und 8. Armeekorps wird der König mit den Prinzen und den Fürsten von Hohenzollern bewohnen und sollen zu denselben auch mehrere regierende Fürsten, die Großherzöge von Weimar und Schwerin &c. eingeladen worden sein. — Die Königin Marie von Sachsen wird noch bis Dienstag auf Sanssouci verweilen und dann sich nach Dresden zurückbegeben. Dorthin wird sich in kürzester Zeit, in Folge einer herzlichen Einladung ihrer Schwestern, unsere Königin Elisabeth begeben und am sächsischen Hofe im Kreise ihrer Verwandten mehrere Tage zubringen. — Der Minister v. Schleinitz hatte heute eine längere Konferenz mit dem russischen und österreichischen Gesandten; diese Besprechungen fanden in letzter Zeit alle Tage statt. — Gestern Abend war der russische Gesandte mit Gemahlin auch beim Könige zum Thee. — Der Stadtgerichtsdirektor Voigt feierte heute sein 50jähriges Dienstjubiläum und hatte sich an seinem Ehrentage hoher Auszeichnungen zu erfreuen. Die Glückwünschung Seitens der Vor-gezogenen, des Kollegiums, der Deputationen &c. währte den ganzen Vormittag. Unter den kostbaren Geschenken befinden sich ein Portafolio und eine Adresse der Büraubeamten, die sich durch ihre saubere Ausführung, namentlich der Buchbinderarbeit, auszeichnen. — Am Dienstag beginnt in der Central-Turnanstalt der neue Kursus und findet die hierzu kommandirten Militärs bereits hier versammelt. Unter denselben befinden sich auch solche aus Oldenburg, Mecklenburg, Schwarzburg-Sondershausen &c. Der Fürst dieses Ländchens hat 1 Offizier und 4 Unteroffiziere hierhergeschickt. Die Unteroffiziere haben, wie sie erzählen, ihr volles Traktament, im Betrage von 8 Thlr. monatlich inkl. Brotgold, freies Quartier und außerdem erhält jeder pro Tag 1 Thaler Diäten. — Heute Abend sollte Marie Taglioni im Theater zu Potsdam in „Helva“ aufstreten und fuhr darum um 5 Uhr nach Potsdam. Kaum dort eingetroffen, erhielt sie von Hrn. v. Hüttel durch den Telegraphen den Befehl, mit dem nächsten Zuge zurückzufahren, da sie hier tanzen müsse, und so muhte das Theater zu Potsdam geschlossen werden.

[Berlin, 22. April. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König nahm heute Vormittag die Borträge der Geheimräthe Illaire und Costenoble und der Generaladjutanten v. Manstein und v. Alvensleben entgegen und ertheilte darauf einige Audienzen. Unter den empfangenen Personen befanden sich die Generale v. Bussow, v. Peucker, die Majore v. Schaevenbach und v. Richthofen und der diesseitige Gesandte am württembergischen Hofe, v. d. Schulenburg-Priemern, welcher gestern Abend von

Inserate (1½ Sgr. für die fünfgespal-tene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedi-tion zu richten und werden für die an denselben Tage er-scheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags an-genommen.

Kammermajorität nicht weiß was sie will, darüber kann wohl im Auslande kein Zweifel mehr obwalten. Es ist in der That in einer so ernsten Zeit ein trauriges Schauspiel, den preußischen Kammerverhandlungen zu folgen; in einem anderen Augenblick würden sie befriedigend sein. Bei den Verhandlungen, welche die Steuerfragen angehen, macht die Majorität mit großer Regelmäßigkeit geltend, wie Preußen der kleinste unter den Großstaaten, und seine Kräfte denen anderer Großmächte nicht gewachsen seien. Kommt die schleswig-holsteinische Frage auf die Tagesordnung, so hat man plötzlich vergessen, was man von Preußen geringer Machtstellung gesagt. Man macht dem Ministerium Vorwürfe, daß es nicht schnell genug vorwärts gehe. Wenn ein Minister es wagte, die Frage einer Erwägung zu unterziehen, ob der gegenwärtige Augenblick nicht vielleicht ungünstig zu einer solchen Beschlagnahme in dieser Angelegenheit wäre, man würde ihn des Landesvertrags beschuldigen! Aber wenn Frankreich für die Dänen am Rhein einztrate? Frankreich! Hat Preußen Frankreich zu fürchten? Preußen marschiert an der Spitze von 40 Millionen Deutschen! Die Kammer will also die Sympathie der übrigen deutschen Stämme erwerben? Gott bewahre! Die Redner der Majorität machen sich bei jeder Gelegenheit über die deutschen Kleinstaaten lustig. Man will sich also nicht auf die Sympathien des Volkes, sondern auf die Regierungen der deutschen Staaten stützen? Behalte! Man möchte das Kabinett vielmehr zu einer Annexionspolitik treiben. Täglich hält man ihr das Beispiel Sardiniens vor Augen. Soll man also eine Allianz mit Österreich suchen? Österreich? Wer wagt in Preußen von Österreich zu sprechen? An die Eaterne mit ihm! Also will die Kammer das Geld zu einer großartigen Vermehrung des Heeres bewilligen? Neue Sternen! Die Herren Minister bedenken wohl nicht, daß Preußen der kleinste unter den Großstaaten ist, und seine Finanzkräfte denen anderer Großmächte nicht gewachsen sind. Das sind die preußischen Kammerverhandlungen! Vollständig das Lied von dem Topf, der ein Loch hat, und wo man immer wieder zu dem ersten Verse, dem durchlöcherten Topf zurückkommt, mag der Singtang dauern, so lange er will. Und mit einer solchen Majorität soll ein Ministerium in einer so gewitterschweren Zeit das preußische Staatschiff sicher durch die Brandung geleiten! Aber es gibt keine eigentliche Majorität in den preußischen Kammern, es gibt nur Kotterien, die sich vereinigen, um eine gewisse Anzahl von Stimmen für irgend einen Zweck zusammenzubringen, bei welchem die Haupthandlung ist, eine Rede zu halten, die nachher in den stenographischen Berichten gedruckt und an die Wahlmänner versandt wird. Eine Majorität, die mit Ernst die Zeit und die große Rolle begreift, welche Preußen in diesem Augenblick einnehmen soll, gibt es leider nicht. Existierte eine solche Majorität, so würde auch die preußische Regierung im Stande sein, einen Weg zu finden, der nicht jenen Schein der Unsicherheit trägt, den man ihr jetzt zum Vorwurf macht. Gäbe es eine solche Majorität, und hätte sie kein Vertrauen zu den Dienern der Krone, so sollte sie dies einfach aussprechen, hätte sie aber dies Vertrauen, so sollte sie auch die Regierung rücksichtslos unterstützen, aber die gegenwärtige parlamentarische Majorität kann Preußen nur schädigen."

[**Obertribunalentscheidung.**] Nach dem Preßgesetz von 1851 sollen in dem Falle, wenn eine im Auslande erschienene Schrift wegen ihres strafbaren Inhalts in Preußen gerichtlich oder polizeilich in Beschlag genommen wird, diejenigen Personen, bei denen die Beschlagnahme erfolgt ist, in dem hiernächst eingeleiteten Strafverfahren zur Sitzung des Gerichts vorgeladen und auf ihre Verlangen gehört werden. Das Obertribunal hat neuerdings in einer Plenarsitzung angenommen, daß, wenn in einem solchen Falle auf gänzliche oder teilweise Vernichtung der Druckschrift erkannt worden ist, die bei der Beschlagnahme beteiligten Personen befreit seien, gegen das Urteil alle nach der Beschränktheit des Verfahrens zulässigen Rechtsmittel einzulegen.

Bonn, 20. April. [**Arndt-Denkmal.**] Am 15. d. fand eine Versammlung des größeren Ausschusses für Arndts Denkmal in der Aula der Universität statt, der auch der Oberpräsident der Rheinprovinz bewohnte. Durch Majoritätsbeschuß (11 gegen 10 Stimmen) wurde als Aufstellungsort für das Monument das Arndt'sche Grundstück am Rhein ausgewiesen und der Bildhauer Hermann Heidel in Berlin (ein geborner Bonner) mit der Ausführung beauftragt.

Destreich. Wien, 21. April. [**Das Protestantengesetz.**] Man erfährt nachträglich, daß es Herrn v. Schmerling nicht wenig Mühe gekostet hat, den Erlaß des Protestantengesetzes gegen die bei Hofe immer noch sehr mächtige klerikale Partei durchzuführen. Diese wollte die Angelegenheit durch Verweisung an den Reichsrath verschleppen, Hr. v. Schmerling aber protestierte dagegen mit aller Entschiedenheit und erklärte, daß gerade unter den jetzigen Zeitverhältnissen die Emanirung des Gesetzes eine dringende Notwendigkeit sei. Zu einer Protestantendekoration äußerte er: „Die Protestanten in Destreich haben eine große Aufgabe zu erfüllen: sie sollen uns die Sympathien Deutschlands wieder gewinnen. Wenn unsere Protestanten vollkommen befriedigt sind, wird sich auch Deutschland uns wieder zuwenden.“ Diese seine Ansicht konnte jedoch Hr. v. Schmerling nur sehr schwer zur Geltung bringen. Der erste Entwurf war von einer Kommission abgefaßt, deren Referent der evangelische Superintendent Franz war; er wurde jedoch in dem damals noch nicht aufgelösten ständigen Reichsrathe und im Ministerrat so verstimmt und entstellt, daß die Arbeit kaum wieder zu erkennen war. Sogar an solchen Bezeichnungen, wie „Kirche, Pfarrer u. c.“ hatte man Anstoß genommen und unter Anderem den Paragraphen über vollständige Aufhebung der Dispensertheilung und die Gültigkeit des Gesetzes für Tirol gestrichen. Nach Auflösung des ständigen Reichsraths verwendete sich Superintendent Franz sehr eifrig für die Wiederaufnahme des ersten Entwurfs und fand bei Hrn. v. Schmerling ein geneigtes Ohr; letzterer wurde im Ministerrathe von dem Kriegsminister Graf Degenfeld, der als Protestant die Interessen seiner Glaubensgenossen wacker vertrat, kräftig unterstützt, und so gelang es denn endlich, den ursprünglichen Entwurf mit einigen Modifikationen des Allerhöchsten Sanktion zu unterbreiten. Hätte Graf Leo Thun noch im Ministerrathe gesessen, so wäre dies wohl niemehr gelungen. Die Modifikationen bestanden in der Einschaltung des §. 25 und in der Beschränkung, daß dieses Protestantengesetz für Venetien keine Gültigkeit haben sollte. Bergebens protestierte Superintendent Franz gegen diesen letzteren Punkt und hob hervor, daß in Venedig eine annehmliche lutherische und reformierte Gemeinde unter dem Pastoralrat des Pfarrers Wittchen bestehé, deren Interessen einst vom Marshall Radetzky gegen die Unterdrückungsgefüsse des Patriarchen gewahrt worden seien; die Protestanten hätten dort nur einen kleinen Betraal, der die Gemeindemitglieder nicht mehr zu fassen im Stande sei; auch sei zu bedenken, daß sich in Venedig stets sehr viele fremde Protestanten aufhielten. Alle diese Einwendungen blieben jedoch unberücksichtigt. Dagegen setzte Hr. v. Schmerling die Ausdehnung des Patentes auf Tirol durch, obgleich der frühere Statthalter dieses Kronlandes, Dr. Alois Fischer, ein intimer Freund des Herrn v. Schmerling, von den dortigen Ultrakatholiken nach Wien geschickt worden war, um den Minister zu bewegen, daß Tirol mit dem Protestantengesetz verbündet werde. Da dies nicht gelungen ist, so stachelt die dortige Geistlichkeit das Volk zu Demonstrationen gegen das Protestantengesetz auf. (Sp. 2.)

[**Russische und österreichische Truppenaufstellungen.**] Nach Briefen aus Bukarest vom Anfang d. M. befindet

sich am Pruth das fünfte russische Armeekorps in der beiläufigen Stärke von 45.000 Mann konzentriert. Dasselbe ist vollkommen mobil, mit allem nötigen Kriegsbedarf versehen und hat die Weisung, bei der bedenklich zunehmenden Gefahr in den europäischen Provinzen der Türkei sich für jede Eventualität bereit zu halten. Es ist begreiflich, daß in Bukarest die Besorgniß wegen einer abermaligen Okkupation, deren Ende unter den gegenwärtigen Umständen allerdings schwer abzusehen wäre, alles Andere in den Hintergrund drängt. Auch von österreichischer Seite unterläßt man nicht, in den südlichen Gegenden des Banats ansehnliche Truppenmassen zusammenzuziehen, jedoch zu keinem anderen Behufe, als zur Sicherung der eigenen Landesgrenze; ein Überschreiten der österreichisch-ungarischen Grenzen durch kaiserliche Truppen, mag es auf türkischem Gebiete auch noch so drunter und drüber gehen, liegt den Intentionen des diesseitigen Kabinetts, wie ich aus Bestimmtheite versicheru kann, durchaus fern. (Sp. 3.)

[**Reform des Bühenenwesens.**] Wie die „Presse“ vernimmt, liegt es in der Absicht des Staatsministeriums, daß Bühnenwesen einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, welche namentlich die würdigere soziale Stellung der Provinztheater zum Ziele hat. Dies soll hauptsächlich durch die Kommissurierung der kleinen Theater bezweckt werden, welche nur einen Theil des Jahres hindurch spielen und als die Quelle des Schauspieler-Proletariats betrachtet werden müssen, da sie den Mitgliedern keine gesicherte und dauernde Existenz bieten. Durch die Vereinigung mehrerer solcher Theater unter einer Direktion, durch Aufhebung der Theaterpakte, durch Verpflichtung der Stadtkommunen zur angemessenen Subventionierung ihrer Theater und Einführung administrativer Kontrolle würde den prekären Verhältnissen der kleinen Provinzbühnen und ihrer Angehörigen entgegengewirkt. Es heißt, daß nächstens schon eine Kommission berufen werden wird, welche sich mit diesem Gegenstand eingehend zu befassen und entsprechende Vorschläge zu machen hätte, welche seinerzeit vor die Landesvertretungen gebracht werden sollen.

[**Gasbeleuchtung der Eisenbahnzüge.**] Die Westbahn ist die erste Bahn, welche die Beleuchtung der Waggons mittels Gaslicht bewerkstelligt. In jedem Waggon wird nämlich ein Kautschukschläuch angebracht, in welchem eine bestimmte Quantität Gas enthalten ist, die für einen genau berechneten Beitraum Brennstoff liefert. In den Hauptstationen Linz und Salzburg werden dann die leeren Gasflächen während des Aufenthaltes wieder gefüllt. Die Proben, welche mit dieser neuen Beleuchtungsart angefertigt wurden, sind sehr befriedigend ausgefallen und dürften in Folge dessen schon in nächster Zeit diese Gasbeleuchtung auf der ganzen Bahnstrecke eingeführt werden. Das Ersparnis, welches hierdurch bezweckt und erreicht wird, soll ein bedeutendes sein, da der Ölverbrauch, der bei den gegenwärtigen Dampfpreisen ein sehr kostspieliger ist, durch die Anwendung dieser Methode ganz wegfallen würde.

[**Der Aufstand in der Herzegowina.**] Aus Ragusa wird telegraphisch gemeldet, daß der Aufstand in der Herzegowina an Ausdehnung zunimmt. Der Hauptführer der Insurgenten heißt Cherovich, der Schrecken der Türken. Ragusane Kaufleute weigern sich, den Türken Vorräte zu liefern, weil vorgeblich die Zahlungen höchst unregelmäßig geleistet werden. Aus diesem Grunde müssen alle Vorräte aus Konstantinopel dahin geschafft werden.

Innsbruck, 17. April. [**Abstimmung über die Glaubenseinheit.**] An der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung war die Frage über die Glaubenseinheit des Landes und der Bericht des zur Berathung des diesfälligen Antrages des Fürstbischofs von Brixen aus 15 Mitgliedern zusammengesetzten Komitets. Das Resultat der Verhandlungen dieser Tiroler Lebensfrage, welchem Stadt und Land mit gespanntester Theilnahme entgegensaß, war folgendes: Allseitig und ohne Ausnahme wurde die Glaubenseinheit als allgemeiner Wunsch und Verlangen des Volkes, als erstes und preiswürdigstes Gut des Landes erkannt, und bloß in der Art und Weise der Geltendmachung, beziehungsweise der Verwirklichung dieses Landesanliegens wichen die Ansichten von einander ab, indem einige Mitglieder diese Einheit bloß als Wunsch des Landes mit der Bitte zum Throne bringen wollten, daß selbe gewährt würde, in so weit dies mit den allgemeinen Reichsgesetzen im Einklang stehe, während die Majorität darauf drang, daß sie als Gesetzesvorschlag des Landtages, welcher dazu in vollem Maße kompetent sei, zur Sanktion des Kaisers gelangen soll. Die längere Debatte, welche sich darüber entzog, schloß damit, daß in dieser Landesfrage der Landtag die Anträge des Fürstbischofs von Brixen, der selbe in langem Vorlage begründete und die dahin lauten: „Auf Grund des Allerhöchsten Handschreibens vom 7. September 1859 und des §. 17 der Landesordnung wolle der hohe Landtag zum Schutze der Glaubenseinheit Tirols folgendes Landesgesetz in Vorschlag bringen: Das Recht der Daseinsfähigkeit der Religionsübung steht in Tirol nur der katholischen Kirche zu. Die Bildung nichtkatholischer Gemeinden ist unzulässig. Die nicht zur katholischen Kirche sich Bekennenden erlangen die Erwerbsfähigkeit unbestimmten Vermögens nur über Antrag des Landtages und Bewilligung des Kaisers. Die Behörden haben die Befolgung dieses Landesgesetzes von Amts wegen zu überwachen.“ bei der über alle drei Punkte des Antrages namentlich stattgefundenen Abstimmung, und zwar die ersten zwei Punkte mit allen gegen 3, den letzten Abstimmung aber mit allen gegen 11 Stimmen, annahm, und daß somit diese Anträge als Gesetzesvorschläge des Landtages an den Thron zur Genehmigung gelangen.

Lemberg, 19. April. [**Landtag.**] In der ersten Sitzung des Landtags am 15. d. ergriff der Adam Potocki aus Krakau das Wort. „In diesem ersten Augenblick“, sagte er ungefähr, „wo wir als konstitutionelle Versammlung zusammengetreten, um das Wohl des Landes zu berathen, will ich neben dem kaiserlichen Diplome auch noch eine andere feierliche Erklärung Namens der Großgrundbesitzer in das Archiv des Landtages niedergelegt wissen. Das Jahr 1848 hat den Bauernstand als solchen aufgehoben und dieser ist uns daher vollkommen gleichgestellt. Die Gleichberechtigung ist durch das Gesetz ausgesprochen und wir anerkennen sie hiermit feierlich. Insbesondere bekräftigen wir, für ewige Zeiten, unwiderruflich die Aufhebung des Unterhänigkeitsverhältnisses und alles Dessen, was damit in Verbindung steht. (Begeisterte Zurufe der Versammlung.) Es sei damit allen gegenthiligen Gerüchten entgegnetreten, die zum Zwecke haben, Zwieträcht und Bruder-

haß im Lande zu säen.“ Der Redner schloß mit der Aufforderung an die Großgrundbesitzer und die hohen Geistlichkeit, ihm zu bestätigen, daß schon in den früheren Landtagen, noch vor 1848, die Robotaufhebung vom Adel angeregt war. (Wurde bejaht.) Die ruthenischen Geistlichen, Rucza und Witwicki, dankten als Bauerndeputirte in vor Rühring oft unterbrochener Rede für die wiederholt geschehenen Zusicherungen, welche die Eintracht zwischen Polen und Ruthenen besiegeln und erhalten sollen. „Wir haben so Vieles mit einander gemein“, sagte der zweite Redner, „wir teilen Gutes und Böses, genießen wir gemeinsames Recht arbeiten wir zusammen für die Zukunft des Landes. Was bisher geschehen, entsprang zumeist aus dem Mangel an Aufklärung und dem Bestreben, daraus Vorheil zu ziehen; es sei vergessen in einer trächtiger Liebe fürs Vaterland. Der gr.-kath. Domherr Mogielnicki betonte das gegenseitige Bedürfnis und gebrauchte die bezeichnenden Ausdrücke: „Wenn wir nicht zusammengehen, wären wir Glieder ohne Kopf, Ihr Kopf ohne Glieder! Ob Each oder Nussin, wir sind Brüder!“ Alle drei Redner sprachen russinisch und wurden durch ostmaligen und stürmischen Beifall unterbrochen.

— In der heutigen Sitzung des Landtags entzog sich in der Sprachenfrage eine lebhafte Debatte. Es wurde beschlossen, die Verlesung des Protokolls habe nur in polnischer Sprache zu geschehen. Nogawski beantragt die schleunige Überweisung der Katasterangelegenheiten an den Landesausschuß. In der Berichtserstattung des Wahlprüfungs-Komitees durch Smazewski und Zielaskowski wird das Statthalterei-Interpretationsrecht der Wahlordnung bestritten. Die Wahl Siwiecs wird angefochten, die Choministis wird annulliert. Für morgen ist der Antrag bezüglich der Stellung der Juden im Lande auf der Tagesordnung.

Baden. Karlsruhe, 20. April. [Die evang. Kirchenverfassung.] Die „Karlsruher Zeitung“ bespricht den Entwurf der evangelischen Kirchenverfassung, welchem die Ordnung für die Wahl der Kirchengemeinde, Kirchenversammlung, der Kirchenältesten und der Abgeordneten zur Generalsynode, so wie eine Liste der 24 Wahlbezirke beigegeben ist. Die oberste Kirchenbehörde bildet der Oberkirchenrat, dessen Mitglieder der Großherzog ernannt. In allen wichtigen Fragen tritt ihm ein Ausschuß der Generalsynode zur Seite. Die von der Generalsynode gefaßten und vom Großherzog billigte Beschlüsse sind für den Oberkirchenrat bindend. Dieser hat die ganze kirchliche Verwaltung zu überwachen und zu leiten; aber die Generalsynode hat von seiner ganzen Verwaltung Einsicht zu nehmen und ist befugt, Beschwerde gegen etwa gefundene Missbräuche beim Großherzog zu erheben. Die Kandidaten zu Pfarrämtern werden dann die Gemeinden von dem Oberkirchenrat mit Einschluß des Synodalausschusses und mit Genehmigung des Großherzogs vorgeschlagen, und zu einer gültigen Wahl ist eine Dreiviertel-Majorität erforderlich. Das Land wird in 24 Kreise geteilt, von denen jeder einen Pfarrer zur Generalsynode sendet. Diese tritt alle fünf Jahre zusammen; ihre Sitzungen sind für evangelische Familienväter öffentlich. Sie wirkt mit bei der kirchlichen Gesetzgebung, hat das Recht der Beschwerde gegen den Oberkirchenrat, prüft und berät alle Vorlagen der Diözesan-Synoden, und bewilligt die allgemeinen kirchlichen Ausgaben. Ohne ihre Zustimmung dürfen Ämter, Kätechismen und dergleichen Bücher nicht eingeführt werden. Sie wählt einen ständigen Synodalausschuß, dessen Mitglieder außerordentliche Oberkirchenräte sind, und ohne deren Mitwirkung der Oberkirchenrat wichtige Beschlüsse nicht fassen kann. Namentlich bei Belebung der Pfarrstellen, der Stellen im Oberkirchenrat, bei Entlassung von Kirchenbeamten, bei Erteilung von Bulguren, bei der Prüfung der Kandidaten des Predigtaudiums wirkt der Synodalausschuß mit. Endlich findet in dem vorliegenden Entwurf der Wunsch einer Vereinigung der evangelischen Kirche in Baden mit den übrigen evangelischen Kirchen Deutschlands Ausdruck, und zwar in den §§. 1 und 2, welche lauten: S. 1. Die vereinigte evangelisch-protestantische Kirche des Großherzogthums Baden ist eine Theil der evangelischen Kirche Deutschlands und betrachtet sich mit dieser als ein Glied der evangelischen Kirche. S. 2. Sie hält es für ihre Aufgabe, in eine organische Verbindung mit den übrigen evangelischen Kirchen Deutschlands zu treten.

Frankfurt a. M., 21. April. [Bundesversammlung.] Die Revision der Bundeskriegsverfassung ist in der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung einen Schritt weiter gediehen, infofern über die Anträge, welche der Militärausschuß am 16. Februar gestellt, also über die Bundesmatrikel, den Prozentsatz, das Haupt- und Reservekontingent, so wie über die Reserve-Infanterie-Division abgestimmt worden ist. Die Schluszziehung ist auf die nächste Sitzung verschoben; aber was den vornehmsten Differenzpunkt betrifft, die Frage über die Erhaltung oder Auflösung der Reservedivision, so ist dieselbe mit so starker Mehrheit im Sinne des preußischen Votums entschieden, daß diese Division in ihren bisherigen Eintheilung und mit ihrer bisherigen Bestimmung bestehen bleiben wird. — Ein zweiter Gegenstand der Tagesordnung war die Wahl einer Kommission, welche den Versuch zu machen hat, den mehrerwähnten Konflikt zwischen Hannover und Lippe in Bezug auf das Steinhaus am Meer zu vermitteln. Die Kommission besteht aus den Vertretern von Württemberg, Kurhessen und Hessen-Darmstadt. — Den Schluss der Sitzung bildete die Vorlage des „Bedenkens“ der hohenzollerschen Ständeversammlung, welches dieselbe durch ihren vorstehenden Ständemäßig hierorts bestellten Bevollmächtigten hat einreichen lassen. Dänemark hat seine Erklärung noch nicht abgegeben, wird dieselbe aber in der nächsten Sitzung beibringen. (B.H.Z.)

Mannheim. Wiesbaden, 21. April. [Kirchliche Differenzen.] Das „Fr. J.“ erfährt, daß die dem Dekan Potocky höchsten Ortes ertheilte Mission zur Herbeiführung eines vorläufigen Abkommens mit dem Bischof zu Limburg wegen Biederbelebung der valanten Pfarrreien gescheitert ist. Man soll in Limburg, zum großen Verdruss des interessirten niederen Klerus, Alles von der Hand weisen, auch namentlich nicht Willens sein, die verschiedenen Forderungen des Bischofs zu trennen, d. h. über eine ohne die andere zu verhandeln. Die Regierung, welche das äußerste Maß der Nachgiebigkeit erschöpft hat, wird also nicht umhin können, das Verhältniß der katholischen Kirche zum Staat endlich durch ein Gesetz festzustellen.

Sächs. Herzogth. Eisenach, 21. April. [Evangelische Kirchenkonferenz.] Nachdem der Großherzog von Sachsen-Weimar die Erlaubnis zur Abhaltung der deutschen Evangelischen Kirchenkonferenz in Eisenach gegeben, ist dieselbe nun von dem derzeitigen Vorstand Oberhosprediger Dr. v. Grüneisen in Stuttgart auf die Trinitatiswoche ausgeschrieben worden. Es werden sich daher die Abgeordneten der Kirchenregierungen des evangelischen Sachsenlandes in der letzten Woche des Mai in Eisenach versammeln. Als Gegenstände der Berathung sind in dem Auschreiben zunächst bezeichnet: 1) Die kirchliche Armenpflege; Referent Oberforstmeister Dr. v. Mühler aus Berlin, Korreferent Oberhosprediger Dr. Ackermann aus Meiningen. 2) Ueber die Stellung der obersten Kirchenbehörden in den verschiedenen Landeskirchen; Referent Oberhosprediger Dr. Kliestoth aus Mecklenburg, Korreferent Geh. Regierungsrath v. Bamberg aus Rudolstadt. 3) Die Organisation der kirchlichen Patronatsverhältnisse und die Stellung des Kirchenpatronats zum Kirchenregiment; Referent Oberkirchenratsdirektor

Dr. Runde aus Oldenburg, Korreferent Oberhofprediger Dr. Dittenger aus Weimar. 4) Der Kirchenbau evangelischer Kirchen in Deutschland und die darüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen; Referent Oberhofprediger Dr. v. Grüneisen aus Stuttgart, Korreferent Oberkonsistorialrath Dr. Niemann aus Hannover. 5) Korreferent Oberkirchenratsdirektor Dr. Runde aus Oldenburg, Korreferent Konsistorialrath Albrecht aus Arolsen.

Gotha, 20. April. [Vom Landtage.] Auf die von dem Abgeordneten Ritz gestellte Interpellation in Betreff der Rechnungslegung der Bundesversammlung (s. Nr. 92) ertheilte der Staatsminister v. Seebach in der Sitzung vom 18. d. nachstehende Antwort:

Das herzogliche Staatsministerium befindet sich nicht in der Lage, dem gemeinchaftlichen Landtage oder dessen Ausschüsse die von der deutschen Bundesversammlung abgelegten, und noch abzulegenden Rechnungen zur Einsicht vorzulegen. Wenn die deutsche Bundesversammlung diese Rechnungen der Deutschen nicht für berechtigt halten, der Meinung eines im Allgemeinen ohne Zweifel innerhalb ihrer Zuständigkeit gefassten Beschlusses entgegenzuhandeln. Darüber, ob und wieviel das herzogliche Staatsministerium darauf hinwirken wird, daß die gedachten Rechnungen der Deutschen nicht, oder, was dasselbe als gleichbedeutend betrachtet, der Landesvertretung der Einzelstaaten zur Einsicht übergeben werden, vermag dasselbe wenigstens für den Augenblick keine entschiedene Meinung zu aussprechen, weil diese Rechnungen in ihren hauptsächlichsten Bestandteilen die Bauten und Ausrüstung der Bundesfestungen betreffen und weil es einer näheren Prüfung darüber bedürfen würde, ob die Veröffentlichung dieser Nationalvertheidigung betreffenden Verhältnisse für unbedenklich zu erachten ist. Wenn der Antrag des Abgeordneten Ritz zunächst auch nur die Einsicht der Bundesrechnungen zum Gegenstande hat, so geht die Motivierung derselben doch offenbar nicht bloß auf eine Einsicht, sondern auf eine Prüfung dieser Rechnungen durch die Landtage der deutschen Einzelstaaten, d. h. derselbe vindigt denselben das Recht und die Pflicht, die Verwaltung des Bundesvermögens zu kontrollieren. Ich verlasse es nicht, daß die wieder erwähnte Theilnahme an den Interessen der gesammelten Nation ein erfreuliches Zeichen ist, und ich hoffe, daß diese Theilnahme mit dazu beitragen wird, die Nation endlich zu einem Zustande zu führen, auf welchen sie einen gerechten Anspruch hat und dessen sie wert ist. Aber gerade deshalb ist es auf dem Gebiete des deutschen Staatsrechts nothwendig, zwischen demjenigen zu scheiden, was der Gemeinnützigkeit und was dem partikularen Staat angehört. Die Vermögensverwaltung des Bundes unterliegt nun aber unzweifelhaft nicht der Kontrolle der Landesvertretungen der einzelnen Staaten. Der einzelne Staat gehört dem Bunde, der Bund nicht dem einzelnen Staat an. Damit soll indes keineswegs gezeigt sein, daß das herzogliche Staatsministerium sich für seine Betheiligung an dieser Vermögensverwaltung für unverantwortlich erklärt, dasselbe gesteht vielmehr bereitwillig dem gemeinschaftlichen Landtage das Recht zu, die Art und Weise, wie dasselbe Sr. Hoheit dem Herzoge antrah in Bundesangelegenheiten zu versetzen, in den Kreis seiner Erwägungen zu ziehen und auf Grundlage des Ergebnisses derselben und des Staatsgrundgesetzes zu handeln. In diesem Rechte des Landtags liegt ohne Zweifel ein genügender Schutz aller verfassungsmäßigen Rechte des Landes, wie derselben ohne dieses anderswo allerdings bestrittene Recht jeder wirklichen Garantie entbehren würden."

Großbritannien und Irland.

London, 19. April. [Oestreich und England.] Der "Morning Herald" empfiehlt den englischen Staatsmännern wieder die Nothwendigkeit eines innigeren Anschlusses an Oestreich, wenn es nicht aus dem Mittelmeer verdrängt werden sollte. Das Organ der Partei Derby sagt:

Die Kaufmannsschiffe Italiens zählen gegenwärtig 17,000 Schiffe von 155,000 Tonnen mit 82,000 Matrosen. Sollte das neue Königreich Italien sich von Frankreich anschließen, was es der Ansicht des Prinzen Napoleon nach thun muss, dann kann Napoleon III. den Traum seines Throns zur Wahrheit machen und das Mittelmeer in einen französischen See verwandeln. In den italienischen Arsenalen und Werften wird gegenwärtig mit aller Macht an der Herstellung von 8 Fregatten und 4 Korvetten ersten Ranges gearbeitet, während Frankreich für Italien eisengepanzerte Schiffe bauen läßt. Im Frühjahr 1862 wird Italien deren 10 und Frankreich deren 12 besitzen. Damit wäre ihr Nebenmacht im Mittelmeer gesichert. Gleichzeitig verneint Spanien seine Flotte. Es will nicht weniger als 15 gepanzerte Fregatten ersten Ranges bauen, von denen 4 bereits in Angriff genommen sind. Wie wird es mit Englands Übergewicht zur See stehen, wenn diese drei Mächte sich vereinigen sollten? Zu unserem Schutz müssen wir unsere Flotte ebenfalls vermehren und uns mit unseren Seemächten zweiter Klasse verbinden, die gleiche Interessen wie wir haben. Vor Alem mit Oestreich, denn in den Gewässern des Mittelmeers wird Europa's Schicksal früher oder später entschieden werden. Geben wir nur erst zu, daß Oestreich seine venetianischen Besitzungen, Illyrien und Dalmatien verliert, dann sind wir um einen wertvollen Verbündeten im Adriatischen Meer ärmer, so wie die Herren sein müssen, wenn wir unser Protektorat über die Ionischen Inseln behaupten wollen. Behält dagegen Oestreich seinen legitimen Einfluß im Adriatischen Meer und bringt dort seine Stelle auf eine seiner Stellung als Großmacht entsprechende Höhe, dann dürfte es eines Tages ein unzählbares Bündnis gegen England werden. Wir sollten nie vergessen, daß eine unserer Verbündetlinien mit Korfu, Malta und Alexandrien über Triest geht, und daß, wenn in einem Kriege mit Frankreich das Mittelmeer westlich von Malta eine schwere Strafe für uns sein sollte, unsere indische Post über Triest oder die Donau hinab gehen müßte. Eine Stärkung der österreichischen Seemacht liegt augenscheinlich im englischen Interesse, und es ist erfreulich, daß das Wiener Kabinett, angepornt durch den Erzherzog Marx, einen großen Theil seines nächsten Bürgers dieser Aufgabe zuwenden will. Thätte dies Oestreich jetzt nicht, so hätte das, auf seine Stellung als Seemacht vollständig verzichten. Wir zweifeln jedoch auch nicht, daß der Wiener Reichsrath seinen Patriotismus und seine Begehrlichkeit in das, was noch thut, dadurch betätigten wird, indem es eine bedeutende Summe für die Flotte votiert. Jeder einsichtsvolle Oestreicher muß fühlen, daß dies ein sine qua non ist, wenn sein Vaterland nicht auf die Stellung einer Großmacht verzichten will."

[Don Juan nach Spanien] Der "Morning Advertiser" berichtet: Wir sind in der Lage, zu melden, daß der Prinz Don Juan in Begleitung seines Privatsekretärs Oberst Seizell und des Herrn Jacques, eines französischen Gentleman, vor wenigen Tagen von hier nach Spanien abgereist ist. Da ihnen der Weg durch Frankreich verschlossen war, gingen sie zur See. Vor seiner Abreise empfing der Prinz eine große Anzahl der hervorragendsten konstitutionell-gesinnten, theils in England, theils in Frankreich lebenden Spanier und wiederholte auf das Ausdrücklichste und Nachdrücklichste, daß er den konstitutionellen Prinzipien, zu denen er sich in seinem Schreiben an Victor Emanuel, so wie in seiner Proklamation an die Spanier bekannt, standhaft treu bleibe, und daß er sich verpflichte, vollkommene religiöse Toleranz und Freiheit einzuführen. Er that dies in einer Weise, die an seiner Austrichtigkeit keinen Zweifel aufkommen läßt. Der Augenblick von Don Juans Landung in Spanien wird von den Umständen abhängen, obgleich man erwarten kann, daß sie beinahe unverzüglich stattfinden wird. Wir kennen den Ort, wo er zuvor oder sein Duarier angeschlagen wird, halten es aber nicht für zweckdienlich, ihn jetzt schon zu erwähnen. Genug, der Punkt ist sehr bequem gelegen, um jeden Moment eine Landung auf der spanischen Küste zu bewerkstelligen."

[Correspondenz über Syrien.] Die Regierung hat einen Theil der auf Syrien bezüglichen Correspondenz veröffentlicht. In einem Briefe des englischen Kommissars, Lord Dufferin, vom 24. Februar 1861 heißt es: Bei meiner Ankunft in diesem Lande stand ich unter dem Eindruck jener natürlichen Gefühle der Entrüstung, welche einen Seden befehlten, der von den durch die Drusen an den Christen verübten furchtbaren Greuelthaten gehörte,

hatte, und ich erwartete fest, daß die von mir anzustellende Untersuchung meine ersten Eindrücke bestätigen würde..... Ich bin jetzt in der Lage, ohne Furcht vor Widerspruch zu behaupten, daß, so verbrecherisch auch die Exzesse gewesen sein mögen, zu welchen sich die Drusen später hinreihen ließen, die ursprüngliche Provokation von den Christen ausging."

[Aufschwung der Kolonie Südaustralien.] Wir erfahren aus der Adelaider deutschen Zeitung, deren Eigentümer G. Eggers ist, daß die Kolonie Südaustralien, welche am 28. Dezember ihr 24jähriges Geburtstagsfest feierte, jetzt bereits 125,000 Einwohner mit 400,000 Acres (à 1½ Morgen) Ackerland, 4 Millionen Schafen, 500,000 Kindern, 45,000 Pferden zählt und zahlreiche Chausseen, Eisenbahnen, Kirchen und Schulgebäude besitzt, in denen gegen 2000 Lehrer theils für immer, theils gelegentlich unterrichten.

[Ein Schreiben Louis Napoleons an König Franz II.] Der "Morning Herald" ist, wie er sagt, ersucht worden, einen Briefwechsel zwischen Napoleon III. und dem König Franz II. zu veröffentlichen, der dem Kaiser wie dem König zur Ehre gereichte. Der Brief des Kaisers Napoleon wurde dem Könige Franz II. am 11. Dezember v. J. durch den Admiral de Tinan übergeben und lautet:

"Ich habe Ew. Majestät eine Zeit lang nicht geschrieben, weil ich zu sehen wünschte, ob die Ereignisse eine hinlänglich klare Gestalt annehmen würden, so daß ich, vermöge einer Einsicht in die Ursachen, im Stande wäre, Ew. Majestät meine Meinung erschöpfend zu erkennen zu geben. Als der ungerechte Angriff Piemonts der Revolution in Ihren Staaten zu Hülfe kam und Sie zum Rückzuge nach Gaeta zwang, beobachtete ich, die Blockade zur See zu verhindern, um Ihnen einen Beweis meiner Sympathie zu geben und Europa das betrübliche Schauspiel eines verzweifelten Kampfes zwischen zwei verbündeten Souveränen zu ersparen, eines Kampfes, in welchem Recht und Gerechtigkeit auf Seiten desjenigen waren, der unterlegen mußte; allein während ich vermittelst einer Flotte Ew. Majestät die See offiziell kontrollierte, konnte es nicht in meiner Politik liegen, mich thätig in den Streit zu mischen. Admiral de Tinan ist demnach gehalten, die strengste Neutralität zwischen den beiden Gegnern zu beobachten. Nun, während die Zwischenfälle des Krieges die Stellung meiner Flotte vor Gaeta täglich mehr verwirkt machen, wird sie bald auf dem Punkte sein, gegen die Piemontesen zu handeln, deren Angriffe ihre Sicherheit bedrohen; manchmal ist sie gezwungen, zur Behauptung ihrer Neutralität die Schiffe Ew. Majestät an der Eroberung gerechter Repressalien gegen die piemontesischen Schiffe zu hindern. Diese Position kann nicht auf unbestimmte Zeit verlängert werden, um so weniger, als es, wie ich glaube, im wohlverstandenen Interesse Ew. Majestät liegt, daß Sie sich mit den Ehren des Krieges zurückziehen, bevor Sie dazu durch eine unvermeidliche Katastrophe gezwungen sind. Sie haben eine lobenswerthe Gestigkeit an den Tag gelegt, so lange Sie noch eine Aussicht hatten, wieder auf den Thron zu steigen. Sie hatten die Pflicht, Ihr Recht mit den Waffen zu verteidigen, aber jetzt, ich sage es mit Bedauern, fließt alles Blut umsonst; als Mensch und Fürst sind Sie verpflichtet, dem Blutvergießen Einhalt zu thun. Ich weiß nicht, was Ew. Majestät die Zukunft vorbehalten mag, aber ich bin der Überzeugung, daß Italien und Europa sowohl die Energie, die Sie entfaltet haben, wie Ihren Entschluß, Ihrem Volke weitere zahlreiche Uebel zu ersparen, vortrefflich finden werden. Glauben Sie mir, ich bitte, daß die Sprache, die ich jetzt an Sie richte, mir von der vollkommenen Uneigennützigkeit gegen beide Theile eingegaben ist, sowie von dem Bedauern, das ich fühlen würde, falls die Umstände sich bedenklicher gestalten und mir nicht länger erlaubt wären, meine Flotte in einer Stellung zu lassen, in welcher die strenge Neutralität nicht mehr möglich wäre. Ich bitte Ew. Majestät u. s. w."

London, 20. April. [Tagesbericht.] Die Königin, der Prinz-Gemahl und die Prinzessin Alice werden Osborne Ende der nächsten Woche verlassen und nach White Lodge im Park von Richmond übersiedeln. Die übrigen Mitglieder der königlichen Familie bleiben in Osborne. Ihre Majestät wird nicht vor der ersten Woche des Monats Juni in Buckingham Palace zurückkehren.

In der Oberhaussitzung vom 18. April sprach sich aus Anlaß der jüngst veröffentlichten Macdonald-Korrespondenz der Earl von Shaftesbury in den stärksten Ausdrücken gegen die preußische Bureaucratie aus. — Herr Edwin James, das zurückgetretene Parlamentsmitglied für Marlybone, soll als Advokat eine Praxis von 15,000 Pf. St. jährlich gehabt haben. Er hat sich veranlaßt, außer seinem Parlamentsstuhl einstweilen auch seine Praxis aufzugeben und England zu verlassen. — Über das Auftreten Garibaldi's in der Lüttiner Kammer bemerkte die "Times":

"Wir hoffen, daß der bessere und edlere Theil der Natur Garibaldi's noch triumphieren wird und daß Garibaldi den ihm umhüllenden Nebel der Leidenschaft und des Vorurtheils deutlich sehen wird, daß er eben so wenig im Stande ist, es mit Cavour auf der Rednerbühne aufzunehmen, wie Cavour im Stande ist, es mit ihm auf dem Schlachtfelde aufzunehmen, und daß er der gehässigen Arbeit, die Freiheiten, welche er so oft vertheidigt hat, durch unnötige Heftigkeit zu gefährden, einflügen wird." — Professor Max Müller hat eine Reihe wissenschaftlicher Vorlesungen "on the science of Language" im Saale des Londoner königlichen Instituts für Wissenschaften begonnen. — Der Pariser Korrespondent von "Daily News" schreibt: "Aus guter Quelle wird mir die wichtige Mittheilung, daß Russland kürzlich der französischen Regierung zu wissen hat, daß es in Folge der Warschauer Ereignisse ihm unmöglich sein werde, sich Frankreich in dessen etwaigen Schritten zur Lösung der orientalischen Frage anzuschließen. Dies soll wohl heißen, daß Russland in Frankreich einen Mitschuldigen Polens sieht und ein- für allemal die französische Allianz ablehnt. (?) — Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,295,215, der Metallvorrath 13,132,203 Pf. St. — Bei dem zum Besten des hiesigen deutschen Hospitals vorgestern stattgefundenen Festessen führte Lord Lanover (früher Sir Benjamin Hall, ein Schwager des verstorbenen Barons Bunsen) den Vorsitz. Die Schenkungen betrugen diesmal 1783 Pf., die Jahresabstriktionen 228 Pf., zusammen 2011 Pf. Im vorigen Jahre hatten sich die Einnahmen der Anstalt auf 3376, die Ausgaben auf 3620 Pf. belaufen, und hatten theils im Hospital selbst, theils in den Polikliniken 13,977 Kranke ärztlichen Rath und Beistand in Anspruch genommen."

London, 21. April. [Telegr.] Nach hier eingetroffenen Berichten aus Washington vom 10. d. hat der Präsident Lincoln 3 Schiffe mit 500 Mann und Kriegsmaterial mit versiegelten Instruktionen abgesandt. Einem Gerüchte nach ist Fort Sumter deren Bestimmungsort.

Frankreich.

Paris, 20. April. [Tagesbericht.] Es heißt heute, Prinz Napoleon bereite in Gemeinschaft mit Herrn v. Laguerrière eine Antwort auf die Rumal'sche Broschüre vor. — In militärischen Kreisen ist man sehr über auf den belgischen Kriegsminister, General Chazal, zu sprechen, der in seinem Bericht der preußischen gezogenen Kanone den Vorzug vor der französischen zuerkannt hat. Das Artilleriekomitee bereitet, wie es heißt, eine Schrift

vor, in welcher die Vortrefflichkeit des französischen Systems vor allen anderen in das gebührende Licht gesetzt werden soll. — Fürst Cousa soll, wie man in hiesigen Kreisen versichert, jetzt, wo die Union der beiden Donau-Fürstentümer vollzogen ist, auf dem Punkte stehen, abzudanken. Er würde, so will man wenigstens hier wissen, durch den Sohn des Herzogs v. Leuchtenberg ersehen werden. — Aus Polen lauten die Nachrichten fortwährend sehr betrübend. Graf Zamyski wäre mit der Verbannung nach Ost-Sibirien bedroht (?) für den Fall, daß sein an den Fürsten Gortschakoff nach dem 8. gerichtetes Schreiben in die Öffentlichkeit gelangte. — Dem in Nanterre erscheinenden "Phare de Loire" zufolge hätte eine ministerielle Depesche die Präfekten angewiesen, die höchst gewagten Nachrichten", welche die Zeitungen über Kriegsruheständen in den Häfen und auf der Flotte bringen, besser in Obacht zu nehmen. — Der erste Band der Geschichte der französischen Revolution von Louis Blanc ist so eben bei Pagnerre und Durme erschienen. Es geht bis zur Hinrichtung Fouquier-Tinville's, 1794. — Meyerbeer soll sich endlich verbindlich gemacht haben, seine seit Jahren sehnlichst erwartete "Afrikanerin" bis zum 15. Oktober d. J. an die große Oper abzuliefern. Der Baritonist Faure soll für diese Bühne engagirt sein.

[Die Ereignisse in St. Domingo.] Über den Staatsstreich des Präsidenten der dominikanischen Republik, Santana, meldet man der "Pr. Z." von hier die folgenden interessanten Details. Die spanische Regierung scheint die Wiedergewinnung dieses Territoriums längst angebahnt zu haben, denn seit einiger Zeit sprach man in der Havannah bereits von einer bevorstehenden kriegerischen Expedition, die heimlich vorbereitet wurde. Am 16. März brach in St. Domingo eine sogenannte Volkswegung aus, man stellte die spanische Fahne auf und rief: "Es lebe die Königin." Indessen war die Verwirrung so groß, daß die Einwohner von St. Domingo sich selbst den Zweck dieser Bewegung, die von spanischen Einwanderern gemacht worden war, nicht erklären konnten. Auf einmal erschien der Präsident Santana, mit dem Kreuz des kurz vorher erst erhaltenen Isabellen-Ordens geschmückt, und proklamierte die Annexion der Republik an Spanien. Dieser Staatsstreich war so geschickt angelegt, daß man selbst für die bewaffnete Intervention der spanischen Macht den Vorwand schon bereit hatte. Würden nämlich die Emigranten, die man kurz vorher erst von Kuba und Porto Rico nach St. Domingo geschickt hatte, auf bewaffneten Widerstand daselbst gestoßen, so sollten sie großen Lärm schlagen, sich unter die Protektion des spanischen Konsuls stellen, der dann die Schiffe zu Hülfe herbeigerufen hätte. Dafür werden diese Emigranten nun durch bedeutende Ländereien entzweit. Am 23. März haben die spanischen Behörden von Havannah die Fregatte "Blanca" mit Truppen und Munition nach St. Domingo geschickt, um diese Besitzerfreigabe zu konsolidieren. Zwei Tage später sandte man noch zwei andere Fregatten nach. Die jüngsten Erfolge in Spanien in Marokko haben die Madrider Regierung offenbar zu weiteren Versuchen, einen Theil der früheren Kolonien wiederzugewinnen, ermuthigt, und es ist ernstlich die Rede von einem bevorstehenden ähnlichen Ereignisse in Haiti. Die betreffende Expedition geht eigentlich vom Mutterland direkt aus und man erwartet Schiffe und Mannschaft bereits in der Havannah. Eigentlich ist es, daß der die dominikanischen Truppen kommandirende General Cabral die Projekte Santanas bereits früher kannte, und daß die "Journal de Haïti" bereits am 9., also 7 Tage vor dem Staatsstreich, eine Proklamation Cabrals an die Nation veröffentlichten, in welcher er die Befreiung Haïti's aufdeckte. Spaniens Absichten sollen sich sogar auf Mexiko erstrecken; aber man fürchtet, daß diese Eroberungsgelüste es zu den ernstesten Verwickelungen mit den Vereinigten Staaten führen.

[Archäologische Entdeckung.] Eine neue und sehr wichtige Entdeckung ist von dem gelehrten französischen Archäologen Mariette in den Ruinen von Memphis gemacht worden. Es ist eine auf einen Kalkstein eingegrabene Liste von 63 ägyptischen Königen. Die Bibliothek von Paris und das britische Museum besitzen bereits ähnliche Tafeln, allein sie sind bei Weitem nicht so vollständig, als die von Herrn Mariette aufgefundenen, welche in das neue in Egypten selbst angelegte Museum kommen soll. Diese Tafel von Memphis wird als das merkwürdigste Denkmal zur Wiederherstellung der ägyptischen Dynastien aus der vorpyramidalen Zeit bezeichnet.

Belgien.

Brüssel, 19. April. [Polnischer Trauergottesdienst; Annäherung Frankreichs an England.] In der Kathedrale ist gestern ein feierlicher Trauergottesdienst zu Ehren der in Warschau gefallenen Polen abgehalten worden. Die gesamte hier lebende polnische Emigration, darunter viele Damen in tiefster Trauerkleidung, wohnten der Feier bei. Auch Joachim Lelewel, der ehemalige Vorsitzende des polnischen Reichstages, heute ein 78jähriger, von Alter und Krankheit schwer gebeugter Greis, war dabei anwesend. Die Böblinge der hiesigen Universität, unter denen sich viele Polen befinden, hatten sich sehr zahlreich eingestellt, und gaben dieselben nach dem Gottesdienste Herrn Lelewel im Zuge das Geleite. — Das Aussehen, welches die Broschüre des Herzogs von Audomar in Paris erregt hat, wie die allgemeine Unruhe, die sich überall äußert und auf die Geschäfte einen so überaus lähmenden Einfluß ausübt, hat den Kaiser bestimmt, sich neuerdings fest an England anzuschließen, und er wird in Übereinstimmung mit der von diesem beflogten Politik auch Italien gegenüber entschiedener im Sinne der Einheit vorgehen. Man glaubt, es werde in Paris in diesem Augenblicke mit ungewöhnlicher Energie an der Lösung der römischen Frage gearbeitet. Auch durch Nachgiebigkeit in Syrien sucht man Englands Gunst zu erwerben. Der Kaiser hat dem Unterpräsidenten des Senates, Herrn Rayer, den Auftrag gegeben, bei der Verhandlung über die Bittchrift, welche eine Verlängerung der Besetzung von Syrien verlangt, die einfache Tagesordnung zu empfehlen, und diese wird denn auch angenommen werden. (K. Z.)

Italien.

Turin, 16. April. [Verwaltungsstatistik; die Verhaftungen in Neapel; Widerlegung.] Die "Gazzetta di Torino" kündigt die Veröffentlichung einer Verwaltungsstatistik an, die auf Befehl des Ministers Minghetti ausgearbeitet wird. Das Königreich Italien zählt 59 Provinzen, 193 Bezirke, 159 Distrikte, 7706 Gemeinden und eine Bevölkerung von 21,728,452 Seelen. So ergibt sich aus der Zählung von 1858/59. — In Neapel ist alles ruhig, und die Verhaftungen haben aufgehört. Im Ganzen

wurden in dieser Stadt 666 Personen verhaftet, darunter 466 Offiziere und Soldaten der ehemaligen Armee; die anderen 200 sind Geistliche und dem Bürgerstande angehörige Personen. Der Herzog von Cagliari ist noch immer im Gefängnis. — Der „Popolo d'Italia“ hat bekanntlich die sardinischen Beamten der Besitzlichkeit angeklagt. Man heilt folgende Note mit, welche diese Anklage unwiderstehlich widerlegt: „Die allgemeine Finanzverwaltung von Neapel erklärt, daß sie ausgezahlt habe: dem Ritter Farini 45,000 Fr. (für dreimonatliche Repräsentationskosten), dem Commodore Anton Scialoja 335 Dukaten und 42 Gran als Finanzminister vom 8.—30. Sept. 1860 und 1280 Dukaten 8 Gran als Stathalterrat vom 9. Nov. 1860 bis 17. Jan. 1861; Joseph Ferrigni Stathalterrat erhält vom 20. Nov. bis 17. Januar 756 Dukaten und 66 Gran, A. Ciccone, Minister des öffentlichen Unterrichtes, vom 8. bis 30. Sept. 1860 201 Dukaten 25 Gran, Raphael Conforti, Polizeidirektor, vom 12. Sept. bis 11. Nov. 875 Dukaten, Aniello Scialoja, Inspektor, später Direktor der Steuerangelegenheiten, vom 10. Sept. 1860 bis Februar 1861 644 Duc. 16. Gran, Carlo di Cesare, Finanzdirektor, vom 7. Juli 1860 bis 17. Jan. 1861 844 Duc. 66 Gran. Das ist Alles, und die Verwaltung erklärt, an die genannten Personen nicht einen Sou mehr ausgeschüttet zu haben.“ (R. 3.)

Turin, 19. April. [Aus der Kammer.] Die telegraphischen Mittheilungen über die heutige Sitzung der Deputirtenkammer ergänzen wir noch durch Folgendes: Garibaldi erschien in der Kammer während der Verlesung des Protocols der gestrigen Debatte. Die Tribünen begrüßten ihn mit stürmischen Zurufen, in denen die Präsidentenglocke verhallte. Hierauf erhob sich Pettinengo, um den General della Marmora zu vertheidigen, denn Fanti habe gestern gethan, als wenn della Marmora's Verwaltung der Armee nichts werth gewesen sei. Fanti erklärte, er habe della Marmora nicht tadeln wollen, was Gavour bekräftigte. Castarelo von der Linken vertheidigte nun die Südarmee und erntete in seiner langen Darlegung wiederholten Beifall der Linken. Liborio Romano erhob sich, um die neapolitanische Armee in Schutz zu nehmen. Bixio begann nun eine Widerlegung der gestrigen Fanti'schen Rede über die Südarmee und erklärte dann, daß in Folge der Neuherungen Fanti's über diese Armee, welche von der Majorität des Hauses befällig aufgenommen worden, die Oberoffiziere der Südarmee, welche Abgeordnete und hier anwesend seien, ihren Abschied nehmen. Bixio drang sodann darauf, daß sofort zu starker Wehrhaftmachung auch zu der der Nationalgarde, geschritten werde, und er bat, daß die Armee schleunigst auf 360,000 Mann gebracht werde; eine solche Schutzwehr sei das Geld, das sie koste, werth. „Sind wir so bewaffnet,“ setzte er hinzu, „so kann Niemand in Italien den Herrn spielen, und so können wir der ganzen Welt Widerstand bieten.“ Garibaldi beantragte ein auf Anerkennung der durch Diktaturdekrete und nach dem Kommissions-Skrutinum ernannten Offiziere abzielendes motivirtes Votum, erklärte jedoch, er wolle dem Ministerium in Bezug auf die Organisation des Heeres und auf die Zeit, welche es zur Einberufung der Freiwilligen für geeignet halten möge, freie Hand lassen. Der Abgeordnete Eugia vertheidigte hierauf das Fanti'sche Dekret vom 11. April über Bildung der drei Divisionen Freiwilliger und erklärte sich gegen den Antrag Garibaldi's. Als Gavour die Kammer verließ, war der Platz Garibaldi mit Menschen angefüllt. Ein allgemeiner Ruf erlöst. Als einige Minuten darauf Garibaldi erschien, wiederholte sich dieser Ruf in gleicher Stärke. „Das Volk“, bemerkte hierzu die „Italia“, „hat durch diese Kundgebung den Wunsch einer Versöhnung äußern wollen, die der ganzen Nation am Herzen liegt, für welche diese zwei großen Bürger Gegenstand gleich inniger Bewegung sind.“

Turin, 21. April. [Teleg.] Nach der „Italia“ wird Garibaldi aus Gesundheitsrücksichten sich auf einige Tage in die Nähe von Cremona begeben: Ratazzi ist frank.

Genova, 18. April. [Militärisches.] Gestern brachten einige Dampfer von Neapel über 1000 Mann der Besatzung Messina's, welche dem sardinischen Heere eingereiht werden.

Rom, 13. April. [Die französische Okkupation; Strenge der Polizei; Sterblichkeit in den Gefängnissen.] Die täglichen Hin- und Hermätsche der Franzosen und das neueste Gericht, eine halbe Division piemontesischer Truppen um Gaeta habe Befehl, sich marschfertig gegen Rom zu halten, scheint auf eine abermalige Abänderung des Okkupationsplans der päpstlichen Residenz hinzudrängen. Doch wie die Dinge liegen, vermag Niemand hier auch nur, was innerhalb 24 Stunden in dieser Beziehung geschehen kann oder wird, mit einziger Gewissheit vorauszusagen. Bemerkenswerth bleibt, wie die Polizei gelegentlich mit der ganzen früheren Strenge eintritt. Die Lebensmittelpreise sind für Alle niederrückend. Eine arme Frau kaufte vorgestern ein Pfund trockene Bohnen und ließ dabei einige derbe Worte gegen die „Pfaffenregierung“ fallen, die auch solche Artikel hätte so theuer werden lassen. Am Abend ward die Frau aus ihrer Wohnung abgeholt und wegen Beschimpfung der Obrigkeit in ein Korrektionshaus gestellt. Wollte man nach dieser Regel streng verfahren, so hätte man drei Viertel der Bevölkerung einzuziehen. — In den politischen Gefängnissen von San Michele kamen dieser Tage auf fallend viele Sterbesäle vor. Die unvorsichtige Auflösung eines Todtengräbers, die Gefangenen durften, um anderen Platz zu machen, nicht auf natürlichem Wege ihr Lebendende erreicht haben, und die Thatstache, daß fünf an einem Tage Gestorbene sämtlich junger kräftige Männer waren, weckte den Verdacht der Vergiftung. In den liberalen Kreisen hatte man einen Anschlag gegen das Gefängnis vor, was zu einem Tumult führen mußte. Der Anschlag kam indessen nicht zur Ausführung, weil die Gefängnisdirektion durch angestellte Obduktionen mehrerer Leichen den Verdacht tatsächlich beseitigte. (B. 3.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Das „Giornale di Roma“ vom 8. d. hebt hervor, wie von jeher die römischen Päpste ihre Fürsorge der Verbesserung der Gefängnisse zugewendet hätten. Nichtsdestoweniger sei es dem Marchese Pepoli vorbehalten gewesen, „die Päpste und ihre Regierung auch auf diesem Gebiete zu beleidigen“. „Der piemontesische Kommissar“, sagt das „Giornale di Roma“, „erklärt in einer Denkschrift über die Gefängnisse in Umbrien, er habe persönlich fast alle Gefängnisse Umbriens besucht und in denselben nichts gefunden, als stinkende Gemächer ohne Licht und Luft, nasse Wände, Lagerstätten aus unreinem Stroh, Geizeln und Stöcke, unzure-

hende Nahrung, vor Hunger entkräftete Gefangene, denen die Verbüßung auf der Stirne geschrieben steht. Das Gemälde ist so finster, wie es nur ein dramatischer Schriftsteller entwerfen könnte.“ Zur thatsächlichen Widerlegung dieser Angaben werden nun zunächst die zahlreichen Verbesserungen des Gefängniswesens aufgezählt, die unter der Regierung des jetzigen Papstes und in Folge seiner Anordnungen sowohl in den Gefängnissen der Hauptstadt, als in jenen der Provinzen ins Leben getreten sind; es wird dargethan, wie gerade jene Nebelstände, von denen Marchese Pepoli spricht, seit langer Zeit nicht mehr existiren und wie einige Kommissionen hierüber wachen und namentlich dafür sorgen, daß die Nahrung den Gefangenen in ausreichender Menge und guter Beschaffenheit verabreicht werde. „Sollte man“, heißt es im Verlaufe des Artikels, „ein Urtheil nach den vergleichenden Mortalitätsstabellen fällen, so mühte man nothwendig zu dem Schlusse gelangen, daß es mit den Gefängnissen in Piemont, deren traurige Zustände vor einigen Jahren im Turiner Parlamente erörtert wurden, weit schlechter bestellt sei.“

Die „Italia“ behauptet, daß alle in den neapolitanischen Provinzen bei den Reaktionsversuchen auf der That erapperten Banditen Soldaten des ehemaligen bourbonischen Heeres seien. — Laut einer Korrespondenz der „Nazione“ aus Rom, 16. April, dauern die Werbungen der Bourbons noch immer fort, eben so die übrigen Vorbereitungen zu einer Schilderhebung, welche am 24. April im Neapolitanischen ausbrechen soll.

Spanien.

Madrid, 17. April. [Kleine Notizen.] Die „Epoca“ zeigt an, Suarez habe durch Hrn. v. Saligny Depeschen überbringen lassen, in welchen er den Wunsch ausdrückt, mit Spanien in gutem Einvernehmen zu stehen. — Die Regierung hat bis jetzt in Bezug auf St. Domingo noch keinen Entschluß gefaßt.

Nußland und Polen.

Petersburg, 12. April. [Neue Verwaltungorganisation.] Ein Utaas an den dirigirenden Senat verordnet behufs Realisierung der Bauernregulierung: Gründung von Friedensgerichten, Bezirks- und Gemeindeverwaltungen. Die Einführung derselben ist Sache der aus den provisorischen Gouvernementskomitees gebildeten Gouvernementssessionen. Das Friedensgericht setzt sich zusammen aus dem vom Gouvernementschef ernannten Friedensrichter und aus zuverlässigen Hausbesitzern durch die Bauern (von je 100 Seelen einer) erwählten Wissenschaften. Die Bezirkseintheilung geschieht durch eine Kommission: Vorsitzer: Kreis-Adelsmarschall, Beisitzer: der Ordnungsrichter (Smitski Jo-prawnik) und ein vom Gouvernementschef erwählter Gutsbesitzer. Als Assistent fungiert ein Landmesser. In drei Monaten muß die Bildung vollendet und in sechs Monaten von der Gouvernementsession geordnet und bestätigt sein. Die Bezirkswaltung wird dann gebildet, indem die Bauern der zum Bezirk gehörigen Gemeinden gemeindeweise Deputierte wählen, welche ihrerseits auf den vom Friedensrichter berufenen Bezirkssammlungen unter dessen Leitung den Bezirksvorsteher, seinen Vertreter, die jeweiligen Bezirksschreiber und die andern Gemeindebeamten erwählen. Enthält der Bezirk nur eine Gemeinde, so wird der Gemeindevorsteher zugleich Bezirksvorsteher. Der Letztere wird durch den Friedensrichter bestätigt und zeigt ihm wie dem Stammwohl die erfolgte Wahl aller übrigen Bezirks- und Gemeindebeamten an. Drei Monate nach der Bezirkseintheilung durch die Kommission muß diese Ordnung beendet sein und treten dann alle Behörden in Funktion. Die Gemeindeeintheilung als eine Unterabtheilung der Bezirkseintheilung geschieht mit Berücksichtigung der früheren und der neuen Organisation unter Leitung der oben erwähnten Bezirksscommission im Einverständniß mit der Gouvernementssession, welche die Details der Bauernverordnung gemäß anordnet, darüber eine Urbarialurkunde aufsetzt und die gesamme Regulierung im Gouvernement überwacht. Diese Urkunde muß namentlich auch feststellen das Maß der Ländereien, das den Bauern zur beständigen Benutzung erhalten bleibt und die Höhe der Lasten, welche dem Eigentümern sowohl aus dem Besitz wie aus sonstigen Vortheilen erwächst. Die Bezirkssdistrikte bilden zugleich in Zukunft die Rekrutierungsbezirke. Sobald die neue Verwaltungorganisation in Funktion getreten ist, hört die gutherrliche Gerichtsbarkeit auf und geht an die Bezirks- und Friedensrichter über.

Petersburg, 13. April. [Körperliche Züchtigungen in der Marine.] Der Bericht des Generalauditorats der Marine bringt interessante Daten über die bei der Flotte in Anwendung kommenden Strafen. Unter diesen nimmt die Leibesstrafe eine vorherrschende Stellung ein, und unter den Leibesstrafen das Spiehruthenlaufen. Von 326 körperlich Gestraften ließen 235 Spiehruthen, es erlitten demnach etwa von 10 Personen 7 diese Strafe. Dieses Missverhältniß hat zur Folge gehabt, daß in dem Entwurf des neuen Militär-Strafkodex die Spiehruthenstrafe nur für diejenigen Fälle angesehen ist, wo nach dem Civil-Kriminalkodex der Verbrecher der Bestrafung von Henkershand unterliegt, wo derselbe also aller Standesrechte verlustig geht. Die Verbrecherstatistik des Marinerefforts bestätigt die Erfahrung, daß die Grausamkeit der Strafen keinen Einfluß auf die Verminderung der Verbrechen übt, und daher eine Milderung der Strafen weder für die öffentliche Sittlichkeit, noch für die Sicherheit gefahrbringend ist. Bis zum Jahre 1856 war das gewöhnliche Strafmach für Spiehruthenläufer die Passage durch eine Reihe von 200 Mann; diese Ziffer wuchs bis auf 3000. Im Jahre 1856 wurde als Norm die Zahl 100 angenommen, als Maximum 1000. Es ist demnach gegenwärtig für schwere Verbrechen das ehemalige Strafmaß für geringere Verbrechen angesehen worden, und doch hat sich erfahrungsmäßig die Zahl der Verbrechen dadurch nicht vermehrt.

Aus dem Königreich Polen, 21. April. [Zustände; Truppen.] Wenn, wie wir aus Warschau hören, dort mit aller Energie in Bezug auf das Verbot der sogenannten Landesträuber verfahren wird, so scheint man in der Provinz bis jetzt darin noch ziemlich nachsichtig zu sein, und je weiter man sich von Warschau entfernt, desto mehr nehmen die Kokarden und andere Abzeichen der Trauer zu, und besonders scheint Kalsch sich darin auffallend hervorzuheben. Auf dem platten Lande nimmt man von dieser Demonstration wenig wahr, und hat, außer etwa der nächsten Haussdienerchaft der Edelleute, überhaupt nur sehr wenige oder gar keine Beileidigung an der Trauer von Seiten der Landbewohner stattgefunden. Auch an den auf dem Lande abgehaltenen Trauermessen haben meist nur Wenige Theil genommen, und Referent war selbst in zwei Dorfkirchen Augenzeuge, wie wenig die Sache die eigentlich Bauern berührte, und wie in der einen Kirche nur 7, in der anderen nur 5 Personen aus den sonst viel kirchlichen Stimmen zeigenden Gemeinden dem Gottesdienste beiwohnten. — Dagegen haben in mehreren Orten die Bauern bereits zu zeigen begonnen, daß sie die Versprechungen der Ablösung durchaus nicht in dem Sinne verstanden wissen wollen, in welchem so manche der Gutsbesitzer sie gegeben zu haben scheinen, die die Sache mit dem Versprechen dem Anschein nach schon abgemacht wähnen. Denn in einigen Kreisen, auch z. B. im Koniner Kreise an zwei Stellen, haben die Leute die Dienstpflicht zu verweigern versucht, und die Herren, statt ihr Wort zu halten, requirierten gesetzliche Hülfe. Merkwürdiger Weise waren

dass meist Edelleute, welche in Warschau mit dem größten Enthusiasmus die Verzinsung der Bauern sofort versprochen und ihre Erklärung unterzeichneten, auf deren Gehöften man jetzt durch Gendarmerie die Leute zu ihrer Pflicht treiben sah. Andererseits giebt es allerdings auch Herren, welche die Sache ernst nehmen und bereits Anordnungen in dieser Rücksicht zu treffen beginnen. Wir wollen als eines nachahmenswürdigen Beispiele hier doch des Barons v. Bistrum, Majoratsherrn von Chelmno und Besitzers von Slawsk, erwähnen, der bereits seit dem Jahre 1846 sämtliche Bauern auf seinem Majorat Chelmno unter so vortheilhaften Bedingungen verzinset, daß sie jetzt schon recht wohlhabend sind, und auch seit einigen Jahren auf der ihm gehörenden Herrschaft Slawsk sämtlichen Bauern ihre Ländereien und Gehöfte als unantastbares Eigenthum überlassen hat. Damit nun den Leuten aber auch eine günstige, hier unter andern Umständen wohl kaum möglich Gelegenheit geboten werde, sich gänzlich freizukaufen zu können, hat er aus seinen Mitteln 200,000 Gulden Silber zur Gründung einer Bank deponirt, aus welcher die Bauern die ihnen zur gänzlichen Freiheit entnehmen können. Merkwürdig ist, daß auch in Litauen, wie mir in der „Gazeta polska“ lesen, ein Edelmann gleichen Namens der erste ist, der seine Bauern frei giebt. — In Konin rückten am Donnerstag die Erztruppen für die nach Katisch abgegangenen Abteilungen ein, und aller Orten begegnet man sogenannten fliegenden Strebungen sich etwa fundgegeben wollten.

Warschau, 20. April. [Verbot des Singens patriotischer Lieder in den Kirchen; Schließung von Gymnasialklassen in Radom; die Gefangenen etc.] Die heutigen Zeitungen enthalten folgende Bekanntmachung in Bezug auf das Singen patriotischer Lieder in den Kirchen: „Im Auftrage des Direktors der Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten wird Folgendes zur Kenntnissnahme mitgetheilt: Seit einiger Zeit erlauben sich unrühige Leute, unbekümmert um die den Kirchen und der Geistlichkeit gebührende Ehre, Gesänge in den Kirchen, welche nicht bloß von der Kirche nicht approbiert und in das Kirchenritual nicht aufgenommen sind, sondern auch nicht einmal den Charakter von Gebeten und frommen Liedern an sich tragen. Diese Gesänge beunruhigen die durch die leichten Vorfälle leicht erregbaren Gemüther und reizen das Volk zur Störung der öffentlichen Ordnung, und zwar in diesem feierlichen Augenblicke, da anderswoher das Gefühl für Ordnung und ruhiges Abwarten verbreitet und bestigt wird. Diese eigenwillige Einführung von der geistlichen Behörde nicht autorisierte Gesänge in die Gottesheiligthümer verleiht die genannte Behörde, welcher nach der uralten Sitte unserer Väter die Initiative in dieser Beziehung stets angehört hat und noch angehört. Darauf gestützt, wünscht die geistliche Behörde, ebenso wie die weltliche, vor Allem, daß Diejenigen, welche durch diese eigenmächtig eingeführten Gesänge die Ursache dieser Verleirung der Kirche und der öffentlichen Ordnung sind, ihren Fehler erkennen und beenden möchten, welchen Schaden sie der ganzen Gesamtheit bringen. Zu ihrer Kenntnissnahme fügen wir auch dies noch hinzu, daß die Behörde, falls diese Usurpatoren in den Kirchen nicht aufhören sollten, den Anstrengungen der Geistlichkeit zu Hülfe kommen und um so mehr in den Gottesheiligthümern, die Ordnung zu erhalten.“ Nach dem gestern mitgetheilten Rekript des Fürsten-Slathalters sind die Geistlichen als Beamte verpflichtet, die Militärmacht in Anspruch zu nehmen, falls diese Gesänge vorkommen. — Eine zweite amtliche Bekanntmachung derselben Directoriats zeigt die Auflösung der vierten und fünften Klasse des Gouvernementsgymnasiums zu Radom, wegen der Zügellosigkeit der Schüler gegen die Schulbehörde an. Wahrscheinlich werden ähnliche Aktionen in andern Schulen bald nachfolgen müssen. — Von den Gefangenen in Modlin erzählt man sich, daß sie jede Aussage verweigern haben sollen, bis nicht ihre Führer mit ihnen konfrontirt würden. Es sollen nämlich von den 87 Gefangenen vier der bei den Vorführungen vom 8. April am meisten gravitirten Personen, welche die Menge zur Versammlung vor dem Schloß und zum Ungehörigen gegen die Aufforderungen zum Auseinandergehen angeregt haben, polenfeindlichen Partei seien, welche natürlich straflos ausgetragen werden. Wie weit dies wahr ist, läßt sich bei unseren Verhältnissen schwer ermitteln. So viel ist gewiß, daß die akademische und höhere Schuljugend wie alle Bessergesinnten am 8. April vergeblich sich anstrengen, diese unglückliche Demonstration zu verhindern, und daß man zur Ableitung der erhitzen Gemüter sogar eine Monstredemonstration auf dem jüdischen Kirchhofe, eine Art Verbrüderungsfest, improvisirte, zu welchem der zufällig auf den 8. April fallende Todestag des ehemaligen Directors der Rabbinerschule, Eisenbaum, als Gelegenheit benutzt wurde, um nur die Massen von der Stadt und insbesondere vom Schloß fernzuhalten. Doch war die zahlreiche Versammlung von dem Kirchhofe kaum zurückgekehrt, als schon die Schreckenscene vor dem Schloß begann, und selbst dann fehlte es an Helden und Gelegenheiten nicht, welche so Manchen gewaltsam zum blutigen Schauspiel förmlich schleppen. So liegt unter solchen Umständen die Vermuthung einer feindlichen Agitation sehr nahe. — Die Aufklärung der Zeitungen dauert noch immer fort. (Br. 3.)

[Maßregeln der Regierung; Stimmlung der Bauern; Beamten und Missionen etc.] Die Maßregeln der Regierung zur Herstellung der Ordnung zeigen bereits ihre wohlthätigen Folgen in der Wiederkehr des Vertrauens der Gewerbetreibenden und in der damit in Verbindung stehenden Belebung des Verkehrs. Daß die Russen nicht Willens sind, die erlebte Aufzähnung der obrigkeitlichen Autorität sich wiederholen zu lassen, zeigen die Vorbereitungen zum längeren Aufenthalt der militärischen Macht, welche iheweise noch unter Zelter lagert. Die Polizei ist nach Auflösung der Zivilkonstabler neu und zwar militärisch organisiert, in dem etwa 600 Soldaten unter der Führung von Unteroffizieren und Feldwebeln mit den Funktionen des Sicherheitsdienstes betraut sind. — Vom Lande sind die Nachrichten über die ungünstige Stimmung der Bauern gegen die Edelleute bedenklich. Der Grund liegt in den Streitigkeiten über die Höhe der Ablösung der Neallasten. Die großen, reichen Grundbesitzer haben ihren Bauern die Hofdienste zu einem sehr niedrigen Preise berechnet, so daß dabei das Tagelohn nur mit etwa 12 Kop. (4 Sgr.) veranschlagt ist, während der freie Fortsetzung in der Beilage.)

Arbeiter nicht für das 3—5fache zu haben ist. Die Bauern verlangen nun auch von den kleinen Grundbesitzern diesen niedrigen Satz für ihre Leistungen, der ohne den Nutzen der Letzteren nicht gewährt werden kann, weil die Höhe der Arbeitslöhne damit in gar keinem Verhältnis steht. Man verbreitet nun zwar die Nachricht, daß Regierungsagenten die Landbevölkerung gegen den Adel aufregen, damit ist aber die Bewegung, welche ihre ganz natürlichen Ursachen hat, nicht beseitigt. Der Geistlichkeit, welche sich dem Direktor Wielopolski gelegentlich vorstellt, hat dieser erklärt, er werde keine Regierung innerhalb der Leitung des Gouvernements dulden, was sich auf ihre Vorlesung des Erlasses des agronomischen Vereins von den Kanzeln bezieht und zu den jüdischen Notabeln, die mit dem Rabbi Meichel an der Spitze eine Audienz hatten, äußerte er, sie hätten besser, sich mit ihren Handelsgeschäften zu beschäftigen, als sich in die agrarischen Verhältnisse einzumischen. Diese Energie hätte man vorher rechtzeitig entfalten müssen. Was die angebliche massenhafte Dimission der polnischen Beamten betrifft, so ist dies unbegründet, denn nach dem Rücktritt des Direktors der Justizkommission, Staatsrat Drzewiecki und seines Nachfolgers, des Staatsrats Wolowski, so wie des Generals Gecewicz, sind diejenigen Beamten, die ihre Posten verliehen, einfach des Dienstes entlassen. Die den Polen gemachten Konzessionen werden dem französischen Einfluß zugeschrieben, der auch jetzt thätig ist, um fernere blutige Konflikte zu vermeiden. (Sp. 3.)

Warschau, 20. April. [Neueste Nachrichten.] Die Arbeiten bei dem Bau der Eisenbahn von Warschau nach Bromberg werden sehr eifrig betrieben. Von Lowicz bis zur Grenze sind an 4000 Arbeiter beschäftigt, die Erdarbeiten bis Kutno sind beendet, und der Bau der Station Kutno, sowie der bedeutenden Brücken hat schon begonnen. — Wie bereits gemeldet, ist die Stadt Warschau seit dem 8. d. in vier Bezirke getheilt und an 4 Generale überwiesen worden, die für die Aufrethaltung der Ruhe zu sorgen haben. Diese 4 Generale sind Chruseff, Wiecielicki, Mielnikoff und Merchelewicz, die sämtlich unter General Liprandi stehen. Jedem dieser Generale ist ein Gerichtsbeamter beigegeben, der im Falle von Zusammenrottungen dem Volke die Auftritte zu verleben hat. Den Beamten, welche das Amt nicht übernehmen wollten und lieber ihre Dimission erbaten, wie überhaupt allen Beamten, die ihre Dimission zu nehmen beabsichtigten, heißt es in einer Warschauer Korrespondenz des „Gas“, wurde bedeutet, daß man diesen Schritt als aufrührerisch ansehen und sie nach der Festung schicken werde. Nach derselben Korresp. besitzen die Polizeibeamten, sowie die Agenten der geheimen Polizei Blankette, die sie ermächtigen, die ihnen verdächtig erscheinenden Personen zu verhaften, oder aus der Stadt zu weisen. — Von Gefangenen sollen in Modlin 160 sitzen; wie viele sich in der hiesigen Zitadelle und in den Hospitälern befinden, ist unbekannt. — Die Garnison von Warschau wird noch immer verstärkt, und in den letzten Tagen sind wiederum 2 Bataillone Infanterie und 1 Husarenregiment eingetrückt. (Schl. 3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18. April. [Vertrauensvoten für das Ministerium.] Das von den jütischen Handelsstädten gegebene Beispiel von öffentlichen Versammlungen behufs Votierung von Vertrauensresolutionen zu Gunsten des gegenwärtigen Ministeriums findet jetzt auf den Inseln Nachfolge, selbst auf Fünen, wo die Anhänger Grundtvigs und des Danelvirvereins bedeutend vorherrschen. So ist bereits ein Aufruf zu einer Versammlung, die gestern in Svendborg stattfinden sollte, erschienen, und ein zweiter Aufruf beruft eine Versammlung zum 20. d. in Odense.

Südkorea.

Konstantinopel, 13. April. [Tagesnotizen.] Haireddin Pascha ist an Ehem. Pascha's Stelle zum Generalgouverneur von Kurdistan, Oberst Selim-Bey zum Chef der Gendarmerie ernannt worden. — Ein neues Staatspapiergeld soll im ganzen Reich mit Ausnahme von Hedsjas und Yemen Kurs haben. Die Gesamttausgabe soll 300 Millionen Piaster betragen. — Erratti, lardischer Gesandte für Persien, geht übermorgen nach Teheran. — Der erste Lloyd-Schnelldampfer ist nach Kustandsche abgegangen. — Lord Dufferin hat seine Entlassung eingereicht. — Die Besitzshaber der Flotte haben die Erklärung abgegeben, daß sie für die Aufrethaltung der Mannschaft nicht mehr einstehen können, wenn nicht so rasch als möglich der Sold ausbezahlt würde. — Die Insurgenten der Herzegowina sind Herren der Halbinsel in der Nähe von Montenegro. Sie werden durch die Waffen und das Geld Serbiens unterstützt. Die Pforte hat die Austreibung verdächtiger Fremden aus der Herzegowina anbefohlen. — Die Gesandten haben den Konsuln die Weisung ertheilt, die Verträge zur Geltung zu bringen. — Die Bulgaren von Bessarabien, welche der Moldau einverlebt wurden, verlangen, ins russische Reich aufgenommen zu werden. Sie schickten eine Deputation nach Paris, an deren Spitze der Pole Lapinski steht. — Zur Verstärkung der Armee in Rumelien sind 1000 Redifs in Konstantinopel angekommen. — Laut einer Depesche aus Rumelien vom 4. haben die Türken die Insurgenten von Montenegro und der Herzegowina geschlagen. Die Truppen und Beamten haben einen Monat Sold erhalten. — Aus Mesopotamien meldet man, daß im Laufe des letzten Winters dort, ganz unerhörter Weise, in Bagdad und Mossul nicht nur drei ganze Tage hindurch zwei Fuß hoher Schnee gelegen hat, sondern auch der Euphrat zugeschoren gewesen ist.

Belgrad, 14. April. [Der Handel der Juden beschrankt.] Bald nach der Zurückberufung des Fürsten Milosch zu Anfang des Jahres 1859 hatte er den Juden, welche während der Regierung des Fürsten Alexander Karageorgewitsch hinsichtlich des Handels auf das Innere der Stadt Belgrad, selbst die Vorstädte ausgeschlossen, beschränkt waren, gestattet, auch im Innern des Landes frei und ungehindert Handel zu treiben. Fürst Michael hat sich indeß, auf den Rat seines Ministers, bewogen gefunden, dieses den Juden durch seinen Vater gemachte Zugeständniß wieder zurückzunehmen und die Handelsfreiheit der Juden wiederum nur auf das Innere der Stadt Belgrad zu beschränken. (N. P. 3.)

Sarajevo, 21. April. [Teleg. r.] Alle in Mostar ansässigen Konsuln sind auf Befehl der Gesandten zu Konstantinopel von Mostar abgereist, um den Montenegrinern und Insurgenten die Aufhebung der Belagerung von Nitsik zur Pflicht zu machen.

Afrika.

Kairo, 2. April. [Empfang v. Heuglin; italienische Demonstrationen; Darfur.] Am 23. v. M. hat der feierliche Empfang Th.

v. Heuglin's beim Vice-Könige von Egypten im Schlosse Kabari zu Alexandria stattgefunden. Der Sekretär Said Pascha's holte Herrn v. Heuglin in einer prachtvollen Staatskutsche aus dem Hotel Zich ab. Der Chef der deutschen Expedition für Central-Afrika war in großer Uniform, deftirt mit seinen vielen Orden und begleitet von einem Funktionsnarr aus der Gesellschaft. Vom General-Stathalter war nämlich der Wunsch ausgesprochen worden, daß der größere Feierlichkeit wegen Alles in Uniform ertheilt werden solle; er werde die Herren von der Expedition, die seine Uniform tragen, später empfangen. Vier Kavassen zu Pferde mit silberbeschlagten Sätteln und vier Vorläufer eltern dem Staatswagen voraus, welcher direkt nach dem Palaste fuhr. Vor dem Eingange desselben hatte ein Bataillon Kavallerie und ein Bataillon schwarzer Infanterie Spalter gebildet, welche den außerordentlichen Abgeordneten des Königs von Sachsen mit Trommelwirbel und präsentierten Waffen empfingen. Nachdem Dr. v. Heuglin eine kleine Ansrede in französischer Sprache gehalten und das Diplom überreicht hatte, wurde ihm von dem Funktionär das Grosskreuz überreicht, mit welchem er den Bizekönig deftirt; in demselben Augenblicke meldete der Donner von 21 Kanonenblößen der Stadt die Beendigung der Ceremonie. Der Bizekönig unterhielt sich hierauf noch über eine halbe Stunde mit Hrn. v. Heuglin, mit dem er auf einem fast freundschaftlichen Fuße steht, und bekundete das lebhafteste Interesse für dessen bevorstehende Reise. Am 25. März ist die aus fünf Personen bestehende Gesellschaft nach Kairo übergefiedelt. Dr. v. Heuglin gedenkt von hier aus einige kleine wissenschaftliche Excursionen zu machen und in etwa 14 Tagen über Suez und Massaua nach Chartum zu reisen, von wo aus die eigentliche Reise erst beginnt. — Am 24. v. M. haben in Kairo und Alexandria von Seiten der Italiener Demonstrationen in Folge der Vereinigung Italiens stattgefunden. In Kairo improvisierte man einen Fackelzug mit Fahnenwirbeln, Eviva-Rufen etc. Die Italiener hatten illuminiert und Thüren und Fenster mit Transparents behängt. — Der Beduinen-Scheich Omar el Mastr, welcher mit seinen Horden schon einmal in Egypten einfiel, aber mit blutigen Köpfen beheimatet wurde, hat, wie verlaufen, Darfur erobert und den dortigen Sultan entthront. (R. 3.)

[Über die letzten Ereignisse in Abyssinien] wird der „Donaus-Zeitung“ aus Triest vom 13. April folgendes mitgetheilt: „Es sind hier Nachrichten aus Massaua, der Hauptstadt Abyssiniens am Roten Meer, eingelaufen, die aus den letzten Tagen des Monats Januar datiren. Seit dem Tode des Königs Ubie und der Entfernung des bekannten Dr. Schimper, eines Würtembergers, der sich zum Gouverneur der Provinz Tigre auseinandersetzen hatte, ist das zu einem gewissen Kulturstade gelangte Land durch innere Zerwürfnisse und fortwährende Kämpfe sehr herabgesunken. Dem Kaiser Theodor steht die Regusische Partei unter ihrem Führer Garrett gegenüber. In der zweiten Hälfte des Monats Oktober v. J. kam es unweit Asita zwischen zwei größeren Heerhaufen zu einem Zusammenschluß. Der Kaiser Theodor führte selbst den Oberbefehl, und in seiner Begleitung befand sich der englische Ingenieur Bell. Der Feind stand unter dem Kommando Garrets, Mörders des englischen Konsuls Plowden. Um seinen ermordeten Freund zu rächen, bestand Bell einen Zweikampf mit Garrett, in welchem er diesen tödete; gleich darauf wurde er von den anwesenden Brüdern des Letzteren menschlings erschossen. Der Kaiser elte ihn hinzu und machte seinerseits die Brüder Garrett mit eigenen Händen nieder. Bei diesem Kampfe erhielt er zwei Kugeln durch den Mantel, wurde jedoch selbst nicht verletzt. Die nächste Folge davon war die Gefangenennahme des ganzen feindlichen Heerhaufens und die Hinrichtung von 1756 Mann, welche am Mord Plowdens beinhaltet erschienen. Hierauf zog sich der Kaiser scheinbar zurück, erhielt aber in den ersten Tagen d. J. unerwartet in der Nähe von Axum, nachdem es ihm gelungen war, die Spione Regus' einzufangen. Darauf sendete er Voltachter an die einzelnen feindlichen Führer mit dem Bedeuten, sich in die geheiligte Kirche Axums zurückzuziehen, wenn sie nicht vernichtet sein wollten. Dieser Aufforderung wurde Folge geleistet, während die Soldaten die Flucht ergreiffen und Regus und seinen Brüdern in Stück ließen. Ersterer wurde nun gefangen genommen und vor den Kaiser gebracht. Dieser ließ ihn nach Landeslite wegen Hochverrats die rechte Hand und den rechten Fuß abhauen. Am dritten Tage starb Regus an der Verstümmelung. Durch den Tod desselben ist Kaiser Theodor jetzt Herrscher über ganz Abyssinien; doch fürchtet man, daß bei seiner Abreise aus der Provinz Tigre ein neuer Aufstand ausbrechen wird. Diese Befürchtung ist um so gründeter, als die unter französischem Schutz stehenden Missionäre im Verein mit dem französischen Konsul bereits an der Neorganisirung eines solchen Aufstandes in jener Provinz arbeiten.“

Merke.

Newyork, 4. April. [Zur Tagessgeschichte.] Der „Newyork Herald“ meldet, daß ein Herr Alvarez am 1. d. direkt mit Depeschen aus St. Domingo bei dem spanischen Gesandten in Washington eingetroffen sei und schon an demselben Tage Nachmittags die Kreuze über Newyork nach St. Domingo wieder angetreten habe, betraut mit Depeschen des spanischen Gesandten. Der Washingtoncorrespondent des „Herald“, der die Mithilfe macht, spricht die Vermuthung aus, daß das gewaltsame Annektionsversfahren Spaniens in St. Domingo zu ernstlichen Verwicklungen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten führen werde und glaubt, der Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Herr Seward, der sich im Besitze aller Details über die Vorgänge auf St. Domingo befindet, werde seine Zeit verstreichen lassen, um die erforderlichen Schritte in der Sache zu thun. — Der Schatzsekretär hat ein Schreiben an den Zollsteuernehmer in Newyork gerichtet, in welchem er verfügt, daß keine Waaren, die zum Transport nach den ausgeschiedenen Staaten bestimmt sind, mehr an Bord genommen werden sollen. In der Legislatur von Kentucky sind Resolutionen beantragt worden, in denen gegen die Beeinträchtigung der freien Schiffahrt auf dem Mississippi durch Maßregeln des südlichen Kongresses Protest eingelegt wird. In Virginia tagt noch der Kongress und neben ihm die ordentliche Legislatur. Von Seiten der Separatisten werden alle Hebel eingesetzt, um Beschlüsse zu Gunsten des Auscheidens von Virginia aus der Union zu Brüge zu bringen, und, wie es scheint, mit mehr Aussicht auf Erfolg in der Legislatur, als im Kongreß. — Aus Montgomery, dem Sitz des süd. Kongresses, wird vom 1. d. gemeldet, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um die Eisenbahn von dort nach Pensacola zu vollenden und dadurch den Truppentransport nach dem Meerbusen zu erleichtern. Es wird nichts Neues von Pensacola gemeldet. Im Fort Pickens sollen die Lebensmittel anfangen rar zu werden, während von Seiten der konfederirten Staaten Truppen, Lebensmittel und Munition in Menge vor dem Fort angehäuft werden. Daß das Fort Pickens Verstärkung von Truppen erhalten habe, erwies sich als unbegründet. — Aus Texas wird von wenig zuverlässiger Seite gemeldet, daß General Ampudia mit 3000 Mexicanern auf dem Marsch nach Brownsville begriffen und nur noch 60 Miles von demselben entfernt sei. Er soll durch Plakate die Absicht kundgeben, Texas wieder in den Besitz von Mexiko zu bringen, dem es von Rechts wegen gehöre und dem es jetzt, wo die Vereinigten Staaten demselben keinen Schutz mehr gewähren, nicht länger entzogen werden könne. Ampudia soll von allen Seiten Verstärkungen an sich ziehen und Oberst Ford, der in Brownsville kommandiert, alle schweren Geschüze und Artillerievorräte nach Brazos Island in Sicherheit haben bringen wollen.

[Die Leiden des Journalisten.] Was der „California Demokrat“ über die Presse in einem Aufsatz „Auch die Zeitungsschreiber haben Leiden“ schreibt, verdient um so mehr Beachtung, als das Gesagte zum größten Theil auch auf deutsche Verhältnisse Anwendung findet. Alle Journalisten und Zeitungsschreiber Deutschlands werden ohne Widerpruch folgenden Schluss unterschreiben: „Von den Zeitungsleuten wird im Allgemeinen am meisten verlangt. Dieselben thun mehr Arbeit umsonst für Andere, als irgendemand anders, von den direkten Gefälligkeiten durch den Einfluß eines Blattes nicht zu sprechen. Der Zeitungsschreiber kommt in Berührung mit allen Klassen der Gesellschaft und wird nur zu oft in die Lage versetzt, zwischen zwei sich entgegenstehenden Interessen zu wählen. Die Folge davon ist, daß er sich jedensfalls einen bitteren Feind macht, der ihm gewiß nie seinen Beruf versüßen wird. So ist das Zeitungsleben unter allen Umständen eines ohne Ruhe, vielmehr stets eines mit Aufregung, welche in sich selbst zwar einen gewissen Reiz hat, jedoch eine ziemlich feste geistige und körperliche Konstitution erfordert, sie zu überwinden. Und Alles dieses, ohne wie jener Maler oder jener Musikkritiker doch noch zu einer würdigen Kompensation gelangen zu können. Sedem Kaufmann oder Handwerker, der nach Amerika

kommt, stehen andere Erwerbszweige offen. Aber der arme Zeitungsschreiber ist nach dem Buchdruckerglauben für ewig zu den Tantalusqualen verurtheilt. Er kann ihnen nicht ausweichen und erträgt sein Schicksal mit Geduld. Nehmt Euch ein Tempel daran.“

Newyork, 6. April. [Kriegsaussichten.] Großer Schrecken ist seit gestern auf der Börse in Folge von Gerüchten eines bevorstehenden Krieges mit dem Süden. Vom Fort Pickens fehlten seit mehreren Tagen alle Berichte, daher die Mutmaßung, es sei angegriffen und der Telegraph zerstört worden. Die Zeitungen sprechen von Krieg, und eine Depesche aus Charleston vom 5. meldet, daß eine furchtbare Katastrophe bevorstehe. Die Aufregung in Washington und Newyork ist ungeheuer. Die höchsten Beamten versichern, dieser Zustand könne nicht lange mehr anhalten, Alles ist in Bewegung. Jeder auf seinen Posten berufen. Nach der „Newyork-Times“ ist Oberst Anderson durch General Beauregard aufgestellt worden, daß Fort Sumter bombardiert werden würde, wosfern es nicht binnen 48 Stunden geräumt ist. (S. Tel. in Nr. 91.) Die Fregatte „Powhatan“ lag, vollständig armirt, zur Abfahrt bereit. Die Dampfer „Atlantic“ und „Illinois“ sollten ihr mit versiegelten Briefen folgen. Die Regierung wird alle amerikanischen Dampfschiffe als Transportschiffe chartern. Die Fahrt des amerikanischen Dampfschiffes „Illinois“, am 23. April von Havre nach Newyork, wird aus diesem Grunde bereits ausfallen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 22. April. [33. Sitzung.] Am Ministerische: die Herren v. d. Heydt, mehrere Regierungskommisare, der Fürst Hohenzollern, Freiherr v. Patow, (welcher letztere dem Hause in Folge Alterb. Ermächtigung vom 20. Mai und in Gemeinschaft mit dem Kriegsminister einen Rechenschaftsbericht vorlegt über die Ausführung des Gesetzes vom 27. Juni 1860, betreffend die Geldbewilligung für die Armee vom 1. Mai 1860 bis zum 1. Juli 1860), die Minister v. Auerswald, Graf Pückler, v. Bethmann-Hollweg, Graf Schwerin. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht, betreffend die Gewährung einer Zinsgarantie des Staates für eine Prioritätsanleihe der Rhein-Nahe-Eisenbahngesellschaft von drei Millionen Thaler. Ein Abänderungsvortrag ist vom Abgeordn. v. Vincke eingegangen. — Abgeordn. v. Reinholdperger (Köln) hat sich nach langem Widerstreben dazu entschlossen, der Vorlage zuzustimmen, weil die Ehre des Staates auf dem Spiele steht. Er hofft aber, daß man aus den hier gemachten schmerzlichen Erfahrungen für die Zukunft die Lehre nehmen möge, vorstellig in Anschlägen zu sein. Man möge das Beispiel der praktischen Engländer nachahmen, wo ein Untersuchungskomitee vom Parlament ernannt wird, welches erstere dann in seinem Bericht alles Material zu gründlichem Urteil vorlegt; dies geschieht bei allen Unternehmen auch in Amerika. — Abg. Hartmann motiviert seine Abstimmung zu Gunsten des Entwurfes. — Die Generaldiskussion ist geschlossen. — Zur Spezial-Diskussion übergegangen, werden die §§. 1—4 ohne Diskussion angenommen. — Abg. v. Vincke hat einen Zusatzparagraphen vorgebracht: „Vorstehende Bestimmungen treten erst dann in Kraft, wenn zuvor denselben entsprechend das Statut der Rhein-Nahebahn-Gesellschaft abgeändert sein wird.“ — Der Minister v. d. Heydt hat gegen diesen Paragraphen nichts einzubringen und das Haus nimmt denselben an. Die Abstimmung über das ganze Gesetz wird statthaben, wenn das Amendment gedruckt vorliegen wird. — Der Antrag des Abg. Denizius in wegen der pommerschen Lehne, sowie der des Abg. Mecke, betreffend die Errichtung von Lehrstühlen für das preußische Recht, werden nach den Vorschlägen der Kommission erledigt.

Das Haus geht zum Bericht über den Niegolewskischen Antrag über (Freiherr v. Schleinitz ist eingetreten, ebenso General Roos). Die Abgeordnete (Berlin) Howerweg und Genossen haben einen Antrag gestellt, den Niegolewskischen Antrag als ungültig und unbegründet abzulehnen. — Abg. v. Zolliowski (Krotoschin) zur Geschäftsordnung: Die Kommission habe sich mit der materiellen Seite des Antrages beschäftigt; das sei nicht ihre Sache gewesen; der Antrag der Kommission sei falsch, und die Kommission müsse einen neuen Bericht abstellen. — Der Präsident: Der §. 59 der Geschäftsordnung ist hier maßgebend; die Quelle derselben sei diejenige in Belgien, und was hier gegeben ist, entspreche der dortigen question préalable. Was nun einem einzigen Mitgliede zustehe, siehe sicher der Kommission zu. d. h. den Übergang zur Tagesordnung vorzulegen. Ein Mitglied, das den Antrag der Kommission für nicht geschäftsordnungsgemäß hält, kann einfach gegenüber auf den Bericht eingehen werden. — Abg. v. Berg hat sein Interesse daran, daß die Tagesordnung nicht angenommen werde, aber er leugnet, daß die Kommission in ihrem Rechte gewesen, einen solchen Bericht abzulegen. — Abg. Waldeck ist der Ansicht, daß die Motive im Bericht nicht zu dem Antrag passen. Jedes Mitglied habe das Recht, die einfache Tagesordnung zu beantragen; aber gerade der Bericht läßt eine eingehende Diskussion sehr wünschenswert erscheinen. Die Geschäftsordnungskommission habe zwar das Recht, einen Antrag auf einfache Tagesordnung zu stellen, aber nicht zu einer Kritik eines eingebrochenen Antrags. — Abg. v. Vincke glaubt, daß das Mitglied aus Polen, wenn es zugibt, einen Antrag zu kritisieren, dann auch die Kommission das Recht haben müsse, die Tagesordnung zu beantragen, und den Antrag zu prüfen, da sie ja sonst nicht zum Beschuß gelangen könne; sie hat auch das Recht, ihren Vorschlag zu motivieren. — Abg. v. Bentkowsky stellt der Geschäftsordnung des Hauses die zehnjährige Erfahrung entgegen und das gebräuchliche parlamentarische Verfahren, nach welchen es kein Beispiel davon gibt, Anträge eines Mitgliedes durch Übertragung zur Tagesordnung ohne Diskussion zu befehlen. — Ein Antrag auf Schluß der Diskussion über diese Vorfrage wird angenommen; das Votum entscheidet, daß gegen die Tagesordnung Abg. Reinholdperger (Köln) sprechen soll, der jedoch auf Bitte des Abg. v. Niegolewski diesen Vortrag abtritt.

Abg. v. Niegolewski beginnt mit der Bitte, der Minorität zugestehen, sich äußern zu dürfen; das Parlament und die Tribüne habe die Gewaltberahtigkeit erlegt. Daß die Majorität nicht immer im Rechte gewesen, bezeugt, daß die gegenwärtige Majorität des Hauses so lange in der Minorität gewesen sei. Der Bericht verbreite sich über allerlei Punkte, aber nicht über den Antrag. Wollte man einen Kommissionsantrag annehmen, um einen wichtigen Gegenstand der Diskussion zu entziehen, so handelete man nicht im Sinne eines vorgebrachten Parlamentarismus. Eine Frage, im Zusammenhange mit dem Völkerrecht stehend, durch Tagesordnung befeiligen zu wollen, bezeugt keine Größe. Die Polen wollen nichts, als auf friedlichem Wege die Beschlüsse des Wiener Kongresses entwickeln, mit denen auch die Verordnungen Preußens vom 3. Mai 1815 im Einklang stehen. Die Kommission hat seinem Antrage einen andern substituiert, sein Antrag enthält nichts von einer Wiederherstellung Polens von 1772, und gegen ein solches Verfahren müsse er protestieren. Der Bericht ist also nicht sachgemäß und seine falsche Prämissen führt auch zu der falschen Konsequenz, d. h. den Übergang zur Tagesordnung vorzuschlagen. Eine Territorial-Einheit ist nichts weiter, als daß bestimmte Grundsätze innerhalb eines Territoriums beobachtet werden (Heiterkeit), zumal, wenn dieses Territorium von einer Nation bewohnt wird, und darauf haben auch die Bestimmungen des Wiener Kongresses bezüglich der Polen hingerichtet und es sei zu bedauern, wenn dies von den Herren (sich rechts hinwendend) nicht begriffen werde. Wenn man einen Antrag an dem gegenwärtigen Antrag nehme, so möge man sich doch an einen solchen erinnern im vorigen Jahre, auf dessen einzigem Beratung das Haus sich damals eingelassen. Der Redner weist aus Altenstücken bezüglich Krauts nach, daß Ostreich, Preußen und Russland offiziell nicht die Absicht gehabt haben, Polen zu russifizieren oder zu germanisieren; nun — die Polen wollen nicht den Absichten der Regierung regiert sein, sie wollen sich aber weder russifizieren noch germanisieren lassen. (Das Haus folgt mit geringem Interesse den Auslassungen des Redners.) Überall in den Noten sei dem Schicksale der Polen Interesse zugewendet worden. Freilich habe man gesagt, die Polen hätten kein Recht, sich auf Verträge zu berufen, aber die Polen werden dennoch derselben vertreten. Nicht allein in den Verträgen von 1815, sondern auch später und zwar

Stellung von Anträgen wie die unsere; in England z. B. könnte man nur mit Erlaubniß des Hauses eine Motion einbringen; der Vorredner ist also unrechtmäßig, der preußischen Geschäftsordnung einen solchen Vorwurf zu machen. Er beschwicht sich darüber, daß die Kommission heute zum ersten Male über den Antrag eines Abgeordneten des Nebenganges zur Tagesordnung vorschlage; das mag zugegeben sein, aber das kommt daher, daß das Haus schon lange nicht in der Lage gewesen ist, sich mit solchen, wie mit dem heute in Rede stehenden Antrage zu beschäftigen. Wenn die Herren Antragsteller den Antrag auf Änderung der Art. 1 und 2 der Verfassungskunde gerichtet hätten, hätte diesem Antrag formell nichts entgegengestanden, der Antrag läuft aber der Verfassung zuwider, und so lange wir gelassen sind, sind auf die Verfassung geschworene Eid zu halten, müssen solche Anträge von jeglicher Diskussion ausgeschlossen bleiben. Ich will dem Herrn Präsidenten keinen Vorwurf daraus machen, daß er dem Vorredner erlaubt hat, so tief auf die materielle Seite der Frage einzugehen. Der Herr Präsident ist wahrscheinlich von der Ansicht ausgegangen, Nachsicht zu üben, weil die Polen sich immer in ihrem parlamentarischen Rechte beschwänzt glauben. Gebiet heißt nicht territoriale Einheit im politischen, sondern im geographischen Sinne, und es ist nicht richtig, den deutschen Zollverein eine territoriale Einheit nennen zu wollen; der Zollverein ist leider keine territoriale Einheit. Wenn sich nun die Polen auf den Standpunkt des Polens von 1772 stellen, so können man leicht nachrechnen, daß von 352 Mitgliedern des Hauses den früheren Theilen Polens 53 angehören, 30 aus Polen und 23 aus Preußen, 18 davon gehören denjenigen Theilen an, aus welchen der Antrag hervorgegangen ist, 35 der damaligen Republik. Was der Antrag gewollt hat, ist diametral der Verfassung entgegen. Ich glaube ferner die Antragsteller gar nicht legitimirt, denn hier im Hause sind nur preußische Abgeordnete, und keine polnischen Brüder, hier sind Abgeordnete des preußischen Volks, wie dies der Art. 83 der Verfassung bezeugt. Das Ziel des Antrags ist die territoriale Einheit des Gesamtstaates, wenn aber dieser Einheit auch nur gedacht werden konnte, so steht dies im Widerspruch mit Art. I. der Verfassung. Auch die Motive sind mit dem Grundgesetz nicht in Einklang zu bringen, denn danach sind alle Preußen vor dem Gesetz gleich, während die Polen eine bevorzugte Stellung beanspruchen. Was die Herren mit dem Antrag wollen, hat die Adreßdebatte dargethan: die Einheit des großen polnischen Volkes. Im Jahre 1850 haben die Polen und unter ihnen die Abg. v. Złotowski, Graf Cieslowski eine motivirte Erklärung abgegeben, nach welcher sie es vorzogen, das Mandat niederzulegen, um nicht den Eid auf die Verfassung zu beschwören. (Der Redner verliest die Erklärung.) Wenn die Herren seitdem diesen Eid geleistet haben, so ist von ihnen auf die damaligen Forderungen Vericht geleistet worden. Was sollte daraus werden, wenn die Elässer und Voibringer im französischen Parlament ihre Nationalität geltend machen wollten, oder die irische Brigade im Unterhause? Was nun die Gründe für und gegen den Antrag betrifft, die man aus der äußerlichen Lage herleiten will, so glaube ich, daß das Gericht, die Herren seien an dem Antrag unschuldig und sein intellektueller Urheber wohne in Paris, unbegründet ist. Der Graf Cieslowski hat mit großer Offenheit in der Sitzung vom 12. Mai folgende Worte ausgesprochen: Meine Herren wir befinden uns gegenwärtig in dem Dilemma: ob Nationalität, ob Revolution; unsere Wahl ist längst getroffen, mögen Sie recht bald die Thürige treffen. Darauf antwortete ich Ihnen: Unser Dilemma ist: ob Verfassung, ob Revolution; mögen Sie recht bald Ihre Wahl treffen. (Bravo.)

Der Minister des Innern Graf Schwerin: Die Regierung hat nicht geglaubt, bei Gelegenheit dieses Antrages in die Lage zu kommen, in der Debatte das Wort nehmen zu müssen. Sie hat geglaubt, daß es sich darum handeln würde, daß ein Redner für und einer gegen die Tagesordnung sprechen werde. Nachdem aber der Herr Präsident dem Antragsteller erlaubt hat, so weit in das Materielle der Frage einzugehen, nachdem er ihm gestattet, die Verhältnisse im Königreich Polen zu kritisiren, und es als eine Schande für die Geschichte zu bezeichnen, daß es die russische Regierung für gut befunden hat, Ordnung und Recht wiederherzustellen, kann auch die Regierung nicht schweigen. Die Regierung protestiert auf Grund des Art. 60 der Verfassung noch in diesem Augenblick gegen die Ausführungen des Antragstellers. Es kommt nicht auf das Urteil Castlereagh's, sondern darauf an, daß Se. Maj. der König die Kronzins Polen in seiner Sommerantritt übernommen und von territorialer Einheit nichts gesagt hat. In der Provinz Posen gilt preußisches Gesetz und nur preußisches Gesetz soll dort gelten, und die Regierung ist fest entschlossen, jedes Uebertreten dieses Gesetzes, sei es durch Worte oder durch Waffen, auf das Ernstigste zu unterdrücken. (Bravo.)

Der Präsident rechtfertigt seine dem Antragsteller gegenüber geäußerte Nachsicht, worauf zu persönlicher Bemerkung das Wort erhalten: die Abg. v. Bentkowski und Graf Cieslowski, welcher letztere bekannt, die oben erwähnte motivirte Erklärung verfaßt zu haben und hinzufügt, daß der Unterschied zwischen damals und heute der ist, daß es sich damals um eine lex ferenda, heute um eine lex lata handelt, ihr Dilemma ist: Verfassung oder Revolution! Unsere Wahl ist getroffen — wählen Sie den Weg, den Sie gehen wollen. — Der Präsident: Der Vorredner wird zugestehen, daß er das Wort zur persönlichen Bemerkung auf das Ernsteste gemäßbraucht hat. — Abg. v. Vincke verzichtet ärgerlich auf das Wort. — Die Tagesordnung wird angenommen. Dagegen stimmen die Polen, die Abg. Reichensperger und ein Theil der katholischen Fraktion. — Es folgt die Diskussion über Petitionen, die nach den Vorschlägen der Kommission erledigt werden. Nächste Sitzung morgen. Auf der Tagesordnung der Budgetbericht über den Etat pro 1858, der Entwurf, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges, der Antrag Senff auf Erlass eines Abschlusses zugesetzt.

Der Abg. Senff hatte bekanntlich beim Abgeordnetenhaus, in Verbindung mit der erlassenen Amnestie, den Antrag gestellt, die Staatsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Niederholzung derjenigen Untersuchungen ermöglicht wird, welche wegen der in Nr. 1 des Allerhöchsten Gnadenlasses vom 12. Januar d. J. bezeichneten Verbrechen und Vergehen bereits eingeleitet sind. Das Motiv zu dem Antrage war darin gefunden worden, daß durch den Artikel 49 der Verfassungskunde, welcher ausdrücklich bestimmt, daß der König bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen könne, aufgestellte Hemmnis zu beseitigen. Die Kommission für das Justizwesen hat über diesen Antrag Bericht erstattet und es ist der Abg. Strohn Referent darüber. Mit 7 gegen 3 Stimmen hat die Kommission beschlossen, dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen, über diesen Antrag zur einfachen Tagesordnung überzugehen, und schlägt ebenso die einfache Tagesordnung über eine Anzahl von Petitionen (darunter z. B. die des hiesigen Rechtsanwalts Lewald) vor, die denselben Gegenstand behandeln. Der Kommissarius der Staatsregierung, welcher den Antrag auf die einfache Tagesordnung entschieden unterstützte, erklärte, daß es dem Antrage wesentlich an einer Baß fehle, insfern nur in den Fällen, wenn die betreffenden Personen selbst eine Erneuerung des gerichtlichen Verfahrens nachluden sollten, mit einem solchen vorgegangen werden würde, und diese Fälle dürften wohl nur ganz vereinzelt vorkommen.

Militärzeitung.

[Ein Urtheil über die französischen Truppen.] Im ferneren Verfolg der Korrespondenzen aus Italien, aus welchen die Mittheilungen über die gegenwärtige Zustände der piemontesischen Armee bereits auch in unserer "Militärzeitung" Aufnahme gefunden haben, bringen die "Militär Blätter" in ihrem letzten Heft eine Mittheilung aus Rom, worin namentlich das aus eigener Anschauung und Beurtheilung der beiden französischen Divisionen dargestellt ist, welche die französischen Truppen geführte ruhige und durchaus vorurtheilsfreie Utheth Beachtung verdient. Der Korrespondent schreibt: Es stehen hier in Rom und in der Umgegend 2 Divisionen à 2 Brigaden à 2 Regimenter zu je 3 Bataillonen. Dazu 2 Jägerbataillone, verhältnismäßig wenig Artillerie, und nur 2 Schwadronen rothe Husaren. Neben jedem Quartier, jeder Wache &c., wie von der Engelsburg weht die Tricolore. Die Franzosen bilden ihre Rekruten im Depot aus; und da der Garnisondienst sehr bedeutend ist, so haben sie wenig militärische Exerzier. Zahlreich sieht man sie nachmittags in den Straßen promeniren; beide Hände in den Taschen ihrer häßlichen ziegelrothen Hosen, schlendern sie die Straßen auf und ab. Selbstbewußtsein, Ungehörigkeit tragen sie auf der Stirn und benehmen sich in den Cafés, in der feinsten Gesellschaft, an ein und demselben Tische mit ihren Offizieren mit einer entzückenden Sicherheit. Ich habe nie die geringste Unanständigkeit, selbst Unmanierlichkeit von ihnen gesehen; und wenn man sie anredet, so wissen sie über

Dinge Auskunft zu geben, worüber unser Soldat keine Ahnung hat. Ihre Uniformstücke sind von grobem Tuch, loser als unser Kommitz, in der Regel schlecht gemacht, d. h. die Nächte unsauber genäht, die Armele zu eng und oft zu kurz, der Waffenrock über der Brust zu eng, um den Hals wie unsere Röcke geschnitten. Sie tragen aber ein leichtes, hellblaues Tuch um den Hals und eine außerordentlich bequeme und praktische Fußbekleidung. Weßhalb die Hosen so enorm weit sind, sehe ich nicht ein. Werden diese Falten einmal gründlich naß, so trocknen sie in 3 bis 4 Tagen nicht. Der Tschako ist leicht, aber sehr häßlich. Zu ihren Übungen rücken sie stets mit vollem Gepäck aus und ist dasselbe bedeutend schwerer als bei uns. Gewöhnlich haben sie dann die Mäntel an, im Tornister den Waffenrock, Brot, Patronen, Puzzeug &c., Kochgeschirr und eine große wollene Decke bantlerartig auf und um den Tornister, dazu kommt noch das Viertel eines Zelts, und von vier Mann tragen drei Schanzenzug und der vierte einen Zeltplatz. Der Ausmarsch geschieht ziemlich geschlossen, in der spanischen Marchordnung zu Bieren. Voraus die Sappeurs, dann die starke Musikkapelle, danach der Bataillonskommandeur, auf einem elenden Klepper, wie ihn in Preußen kein Offizier reiten würde, endlich das Bataillon im sehr muntern Marschtempo, etwa 115 Schritt in der Minute. Das Exerzieren ist kurz, aber ohne Anspannung. Ein preußischer Bataillonskommandeur riss die Haare aus, wenn er diese Pointsrichtung, dieses Einrücken in die Linie sah. Vom Stillstehen unter angefasstem Gewehr ist keine Rede, die Leute rühren sich nach Belieben, sprechen mit einander, lachen, schnauben sich &c. Die Griffe werden gemacht und gehen etwa wie bei unserer seligen Bürgerwehr. Die Bataillonschule, fast immer ohne Tritt, trotz der eifrigsten Bemühungen der Zugführer und des unaufröhrenden Zählens und Schellens der Offiziere und des Bataillonskommandeurs. Eine Menge durchaus unpraktischer Aufmärsche und Evolutionen, die im Felde nie vorkommen. Aber alle Aufmärsche (Kolonnenmarsch &c.) im Laufmarsch und trotz der anscheinenden Unordnung viel Ordnung, denn sie verlässt sich ein Mann; es weiß Jeder genau, wohin er gehört. Von Richtung in den Bügeln, von Rottendeckung keine Spur. Nun folgt eine kurze Tirailleurübung, und da sieht man, wie die Leute in ihrem Element sind. Darin ist Munterkeit, Leben und Umsicht. Das Tirailleur selbst nach ausgestellten Points sehr schwablonenartig, aber schnelles Auftaufen und intelligentes Ausführen der Signale, schnelles und sicheres Rallieren. Die Bayonettenattacke jedesmal im Laufschritt auf lange Distanz mit vielen Geschrei und phantastischen Gebeden. Ein Austritten der Leute während der Übung fand nie statt, denn die Leute machen das gelegentlich im Gliede ab. Der Hertenmarsch endlich ohne alle Marschordnung; die Leute bleiben zwar in den Compagnien, binden sich aber nicht an den Fleck. Sobald die Tambours am Thore anklagen, ist Ordnung, aber kein Tritt, viele fußtranken Leute, welche der Truppe auf 10 bis 20 Schritt nachhinken, eine Menge Marode, die sich und den Tornister kaum noch schleppen können, den Rock aufgeknöpft und den Tschako auf dem Gewehr habend. Und doch hat die ganze Übung mit Hinaus- und Zurückmarsch kaum fünf Stunden gedauert. Ein sehr ausgedehnter Gebrauch wird von den Musik gemacht und die Musikbande trägt wie der Soldat den Tornister, die Hornisten stehen mit Horn und Gewehr in Reih und Glied. Die Hauptleute sind nicht beritten. Außer dem Dienst vertreiben sich die Mannschaften in ihren Kasernements die Zeit mit Spielen, Ballspiel, Regelschreiben, nach einem Ziel mit Stangen oder Steinen werfen, Springen, Laufspielen. Gesang hört man selten. Honneurs werden sehr nachlässig gemacht; tritt ein Offizier in ein Kasernehaus, so nehmst die dort befindlichen oder eintretenden Soldaten gar keine Notiz von ihm. Der Wachdienst wird deßgleichen sehr nachlässig betrieben; ich habe oft gesehen, wie höhere Offiziere die Wache revidirten, aber nie, daß die Wache in Ordnung gewesen wäre. Die Offiziere behandeln die Leute mit großer Höflichkeit, es wird nie ein verleidendes oder ein Schimpfwort angewendet, trotzdem aber ist die Disziplin außerordentlich gut und eben deshalb liebt der gemeine Mann sein Regiment. Meisterhaft versteht man, auf das Ehrgesühl zu wirken und in gleicher Weise wird das Selbstvertrauen in jeder Weise gehoben. Die Wirkung davon ist freilich eine fabelhafte Selbstüberhöhung, welche unter günstigen Umständen zwar Großes wirken kann, in ihrem Rückhalt bei eintretenden Unglücksfällen dagegen um desto eher den panischen Schrecken und Kleinmuth erzeugen. Der französische Soldat achtet in seinem Offizier nur den Vorgesetzten von militärischer Tüchtigkeit; eine Achtung vor dem Manne von höherem Stande und höherer Bildung hat er nicht und kann sie auch nicht haben. Das französische Armeesystem macht keinen Anspruch an die gesellige Stellung des Offiziers; ist er militärisch tüchtig und brauchbar, so kann er in seinem Privatleben thun und lassen, was er will. In diesem Neuherrn sind die französischen Offiziere oft nicht so sorgsam genug; es verleiht die deutsche Gewohnheit, sie mit offenen Aralen, mit Sivil und Regenschirm in der Hand einhergehen zu sehen, noch mehr aber, wenn man Unsauberkeit an Kleidung und Wäsche wahrnimmt. Um eine Parallele zwischen der französischen und preußischen Armee zu ziehen, dazu kenne ich erstere noch zu wenig. Was ich bis jetzt davon gesehen habe, fällt im Allgemeinen zu Gunsten der preußischen aus, und bis dato bin ich noch meiner alten Ansicht, daß wir getroffen den Strauß wagen können. Aber jetzt müssen wir ihn wagen, ohne Strupel, frisch drauf losgehen, ohne Furcht vor unserer gefährlichen Rückzugslinie.

[Militärische Neuigkeiten und neue Erfindungen.] Neuerdings sind bei Paris neue Versuche mit eisernen Pontons nach einer durchaus neuen Konstruktion gemacht worden, welche als sehr gelungen bezeichnet werden. Mit nur vier solchen Fahrzeugen wird nach den betreffenden Zeitungsnotizen eine 40 Meter (?) lange Brücke binnen wenigen Augenblicken über die Seine geschlagen. Jedes Boot war dabei nach der allerdings ziemlich unzulänglichen Beschreibung 10 Meter lang und bestand, ganz aus Schmiedeeisen gefertigt, aus drei leicht auseinander zu nehmenden und eben zusammenzusetzenden Theilen. Das Planenwerk dazu war das gewöhnliche. Der Transport der Fahrzeuge geschieht im auseinandergezogenen Zustande auf eigens hierfür konstruierten Wagen. — Bei der englischen Armee sind gegenwärtig definitiv neue eiserne Schanzlöcher eingeführt worden. Dieselben werden aus Streifen von gewöhnlichem galvanisierten Stabeisen in der Breite von 8,2 Zoll gefertigt; der Durchmesser der Kurven beträgt 0,51 Ellen. Die Streifen werden um einen hölzernen Pfosten gespannt. Zwei Sapporen machen in 4½ Minuten einen Korb, 100 in 9 Stunden 5400. Die 19.300 Schanzlöcher, deren die Engländer bei Sebastopol bedurften, hätten durch 100 Männer in 4 Tagen gefertigt werden können, wenn das Eisen dazu zur Stelle gewesen wäre. Beim Transport nehmen 100 eiserne Körbe so viel Raum ein, wie sechs gewöhnliche, da sie auseinandergelegt werden. Ein eiserner Korb wiegt nur 13 Pfund oder 14 Pfund weniger als ein hölzerner. Der Preis der ersten kommt dabei nur auf 6,10 Schillinge oder 0,65 Sch. weniger als die hölzernen zu stehen; dazu sind die eisernen bequemer, einfacher und dauerhafter. Bei Bekleidung von Schießscharten haben sie den Vortheil, daß sie nicht Feuer fangen. Die eisernen Streifen können noch so eingerichtet werden, daß sich Hängebrücken daraus fertigen lassen. Eine solche mit einer Spannung von 18 Ellen wurde aus den Streifen von 16 Körben bei Chatham zusammengelegt und trug Truppen und Geschütz. Auch Betten, Tragbahnen, Zelte, Stühle &c. lassen sich aus den Streifen fertigen. — Der niederländische Regimentsarzt von Wieringen-Borski hat einen artigsten Tornister erfunden, welcher von "de Militaire Spectator", der niederländischen Militärzeitung, als überaus praktisch bezeichnet wird und folgendermaßen gefertigt und gepackt ist. In den Tornister kommt ein von starkem Blech gefertigtes Kästchen, welches an der Bordseite offen und durch eine Zwischenplatte von Blech in zwei ungleiche Theile getheilt ist. Der kleinere Raum zur Linken enthält eine wohlverschlossene Blechbüchse, in welcher sich 12 mit einer Lage Gips verdeckte Gipsverbande befinden. Die Büchse ist 15 Zoll hoch, 8 Zoll breit und 9½ Zoll tief. Im größeren Raume befindet sich zur rechten Seite ein in 4 Fächer getheilter blecherner Behälter zur Aufnahme von 4 zwei Unzen enthaltenden gepropften Fläschchen mit vinum opii aromaticum, spiritus melissae compos, acid. aceticum concentratum und oleum olivarum ammonia liquida und aether sulphuricus alcopolicus sind bereits in der gewöhnlichen Unterarzttasche untergebracht). Der übrige Theil ist größtentheils mit 6 Unzen Binden von verschiedener Länge und Breite ausgefüllt; doch entfällt er zur Linken noch: ein Blechetui mit 2 Rollen Hestpfaster, 2 Feld- und 1 Schraubentourniquet, einen Schröpfkopf mit Schwamm und einen ineinander verschließbaren zinnernen Becher, so wie in der Mitte 8 Leinenverbände von verschiedenen Größen. An der inneren Seite des Vorderwand des Tornisters ist ein starkes Stück Leinwand so angebracht, daß dadurch ein von oben offener Sac entsteht, welcher in zwei gleiche Abtheilungen getheilt ist. Die Abtheilung links enthält 2 Unzen Charpie, die rechts außer 4 Unzen Kompressen, 3 Supponen, 3 Leibverbände und 3 T. Verbände. Zwischen den Seitentheilen des Tornisters und dem Kästchen befinden sich links 4 starke hölzerne Schienen, rechts eine Ledertasche, welche enthält: eine Kugelzange, 50 Infektionen in einem hölzernen Büschchen, einen Radelbrief, eine starke Seidenchnur, eine Rolle Wachs und einen Schwamm. In dem Tornister befinden sich ferner eine Ledertasche, in welcher das Modellästchen mit den ärztlichen Instrumenten ruht, und waren 4 lederne Schnürbösch, 2 von vorn und 2 von hinten, angebracht sind, durch welche 6 Schienen geschoben sind. Der Tornister wird auf

die gewöhnliche Weise verschlossen, nur der Mittelriemen fällt weg, an dessen Stelle eine Einrichtung mit einem Hängeschloß kommt. Endlich kommt noch eine blecherne 1½ Liter Wasser enthaltende Flasche aus dem Tornister, welche auf ¼ mit einem Verbandetui von Blech (mit 2 Schwämmen) umgeben ist. Der Tornister wiegt mit der gefüllten Wasserflasche 8,5 Pf. (?) und wird ganz bequem getragen. (Sämtliche Maße sind niederländisch.) — Ein Professor welcher in sehr kurzer Zeit eine große Anzahl Hüfseiten hergestellt werden kann. Zwei Blockrollen von ovaler Form, welche durch 2 Räder und ein gezahntes Getriebe in Bewegung gesetzt werden, bilden einen Apparat, an welchem ein Schneidemesser, ein Bohrer und ein Griff angebracht sind, welch letzterer das Hüfseiten nach der Fertigung festhält. Bei den angestellten Versuchen wurde ein Stück Eisen in kurzer Zeit in ein so vollkommenes Hüfseiten verwandelt, wie es der Hüfsmied durch Handarbeit nicht herstellen kann. — p.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 23. April. [Lehrkursus für evangelische Schulamtsaspiranten.] Nach einer Bekanntmachung des 1. Provinzial-Schulkollegiums beginnt am 1. Oktober d. J. in Raszies ein einjähriger Lehrkursus für solche evangelische Schulamtsaspiranten, welche die Mittel nicht besitzen, um durch Theilnahme an einem mehrjährigen Seminarikursus sich für ihren Beruf auszubilden, oder denen, obgleich sie bei der Aufnahmeprüfung die für den Eintritt in das Seminar in Bromberg erforderliche Reise dorthin haben, wegen der zu großen Anzahl von Bewerbern um die erledigten Stellen die Aufnahme versagt werden mußte. Dieser einjährige Kursus wird eine solche Einrichtung erhalten, daß die mit Fleiß und Eifer an demselben Theil nehmenden Schulamtsaspiranten die am Schlusse abzulegende Prüfung bestehen und eine zur Anstellung als Lehrer berechtigende Zeugnis sich erwerben können. Bedingungen der Aufnahme sind außer der nötigen geistigen Fähigkeit und einer Vorbereitung, wie sie das Regulativ für die Bildung evangelischer Seminarpräparanden vom 2. Oktober 1854 vorschreibt, eine gesunde Körperbeschaffenheit, ein Alter von 18 Jahren, stiftliche Unbescholtenseit und religiöse Gewissheit. Für ihre Bekostigung haben die Theilnehmer am Kursus selbst zu sorgen. Dagegen wird ihnen außer dem freien Unterricht Wohnung, Heizung und Beleuchtung unentgeltlich gewährt und zur Besteitung der Kosten für Lehrmittel und kleinere Bedürfnisse eine Unterstützung von monatlich 1 Thlr. gereicht. Schulamtsaspiranten, welche an diesem Lehrkursus Theil zu nehmen wünschen, haben ihre Anträge unter Beifügung der über ihre Qualifikation zur Aufnahme sprechenden Zeugnisse durch den evangelischen Geistlichen ihrer Parochie bei der königlichen Regierung hier selbst baldigst und spätestens bis zum 1. Juli d. J. einzureichen und weitere Anweisung zu erwarten.

[Erledigte Schulstellen.] Die evangelische Schullehrerstelle zu Pruszkow (Kr. Kosten), zum 1. Juli d. J. Die k. Regierung zu Posen hat das Präsentationsrecht. — Die kath. Schullehrerstelle zu Bęszy (Kr. Kosten), zum 1. Juli d. J. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht. — Die dritte kath. Schullehrerstelle zu Wreschen, zum 1. Mai d. J. Die sich um diese Stelle bewerbenden Kandidaten haben sich dem Schulvorstand persönlich vorstellen und in derselben Gegenwart eine Probelektion abzuhalten. — Die evang. Schullehrerstelle zu Goldgrätz-Hauland (Kr. Dobriluk), zum 1. Juli d. J. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht.

h. Birnbaum, 22. April. [Statistisches; Witterung; Verschönerungsverein.] Nach der Bevölkerungsliste unseres Kreises sind im Jahre 1860 geboren: 1876 Kinder, 947 männl. 929 weibl. Geschlechts (894 Kath., 920 evang. und 62 Juden). Davor kommen auf die Städte 567 und auf das platt Land 1309. Darunter sind 162 uneheliche, 80 Knaben und 82 Mädchen; auf die Städte kommen davon 54 und auf das platt Land 108 und dem Beckenlause nach 77 kath. und 85 evang. Zwillinge geboren sind 23, in den Städten 9 und auf dem platten Lande 14, vorgelommen. Getraut wurden 364 Paare (170 kath., 171 evang. und 23 jüdische), 110 Paare den Städten, 254 dem platten Lande angehörig. Geforsten sind, inklusive 66 Lodigeborener (39 männl. und 27 weibliche), 1069 Personen, 568 männl., 501 weibl. Geschlechts, (522 Kath., 505 evang. und 42 Juden), von denen 387 auf die Städte und 682 auf das platt Land kommen. Die Zahl der vor vollendetem ersten Jahre verstorbene Kinder betrug 333 (188 männl. und 145 weibl.). Das 90. Lebensjahr hatten 3 Personen männl. und 3 weibl. Geschlechts zurückgelegt. Durch Selbstmord endeten 4 Personen ihr Leben und 17 verloren daselbst durch verschiedene Unglücksfälle. — Seit circa 14 Tagen haben wir recht rauhes Wetter, nicht unbedeutende Nachfröste und anhaltende Trockenheit. Der Frost hat unter den Gartenpflanzen Schaden angerichtet, ist den Saal aber weniger nachbeläufig gewesen, als die Trockenheit. Der Wunsch nach Regen ist allgemein. — Unser Verschönerungsverein hat die im vorigen Jahre begonnenen Beplantungen der Löffelstraßen mit Kugelazien nunmehr ziemlich beendet. Leider ist von den im vorigen Jahre gepflanzten Bäumen eine große Anzahl durch ruchlose Hände so beschädigt worden, daß Nachpflanzungen haben stattfinden müssen.

† Koźmin, 22. April. [Die hiesige Rektorklasse], die am 1

lon. „Kleineres Brockhaus'sches Konversationslexikon“ (zweite Auflage), „Illustrirtes Haus- und Familienlexikon“, „Staatslexikon von Polen und Preußen“ (dritte Auflage). Die Verlagshandlung hat kürzlich einen ausführlichen Prospekt darüber ausgegeben, der in jeder Buchhandlung gratis zu haben ist, und in demselben über jedes Werk das Nöthige bemerkt. Alle diese Werke dienen auf verschiedene Weise für verschiedene Leserkreise und Bedürfnisse, dem gleichen Zweck: Verbreitung der Bildung durch Belehrung und Unterhaltung. Jedermann wird wenigstens durch eins dieser Werke Belehrung und Erweiterung seiner Kenntniss empfangen und so empfehlen wir dieselben der besonderen Aufmerksamkeit unserer Leser, zumal die Verlagshandlung die allmäßige Anschaffung der Werke in jeder Weise zu erleichtern sucht. Alle hiesigen Buchhandlungen übernehmen die Besorgung der erwähnten Werke.

Posen, im April.

Nr. 130, Schiffer Nikolaus Kozłowski, beide von Stettin nach Posen mit Steinkohlen; Kahn Nr. 208, Schiffer Johann Krieg, von Stettin nach Posen mit Steinkohlen und Roheisen; Kahn Nr. 3315, Schiffer Ludwig Sydow, von Stettin nach Schrimm, Kahn Nr. 6761, Schiffer Johann Gerike, von Stettin nach Posen, und Kahn Nr. 1923, Schiffer Karl Schläfle, von Stettin nach Posen und Schrimm, alle drei mit Steinkohlen. — Holzfächer: 23 Triften Kiefernrandholz, von Schrimm nach Gniezno; 15 Triften Eichenantholz, von Neustadt nach Stettin.

Angelokommene Freunde.

Am 23. April 1861.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Gutsbesitzer Graf Biński aus Gleiwitz, die Kaufleute Oldemeyer aus Leipzig, Schröper aus Mainz, Büchenbacher aus Fürth, Voigt nebst Frau aus Graudenz, Behrens und Tobias aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Fränzel aus Breslau und Apitz aus Berlin, Gutsbesitzer Materne aus Chwałkowo, Rittergutsbesitzer Strauwen aus Pawlowice und Asselanz. Inspektor v. Braunswig aus Magdeburg.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Kocorowski aus Jasen, v. Wilkonski nebst Frau aus Morka und Benas aus Szczecin, Geistlicher Marcinkowski aus Prien und Adamowski v. Skawski aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rentier Müller aus Breslau, die

Kaufleute Enuppius aus Stettin, Jacobshof aus Berlin und Kleine aus Königsberg.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Wendland aus Neuworwerk, Kaufmann Kempinski aus Offenbach und Rittergutsbesitzer v. Radomski aus Biegano.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Smidt aus Königsberg, Frau Rentier Schrader aus Breslau, Frau Gotsch. Tobiafelli aus Breslau und Probst Rymarkiewicz aus Kottina.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer v. Tarnowski aus Krzywoszadovo, Heiderowicz aus Pławce, Lehmann aus Garby, Levy aus Ober-Borkau und Zarek aus Neustadt, die Landwirthe v. Puttkammer aus Lützow, v. Krüger aus Bitosław und Milner aus Jarocin, Inspektor Wiczorek aus Piastki, Domänenpächter Kinder aus Nogow, die Kaufleute Moritz aus Breslau, Buschmann aus Berlin und Götz aus Gniezno.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Winzenzowski aus Wreschen, Gouvernante Kulińska aus Rzadkowo, die Gutsbesitzer v. Chelmicki aus Goscicewo, Jordan aus Rogozino und v. Topiński aus Rzepin, die Gutsbesitzerinnen Golcz aus Bartodzie und Morawska aus Tinina.

BAZAR. Frau Gutsbesitzerin Gräfin Kwilecka aus Dobrojewo, die Gutsbesitzerin Szoldryszki aus Lubasz und v. Radomski aus Dominowo.

DREI LILLEN. Landwirth Biedler aus Schönen.

PRIVAT-LOGIS. Frau Rittergutsbesitzerin Bormann aus Lipowiec, Breslauerstraße Nr. 15.

Strombericht.

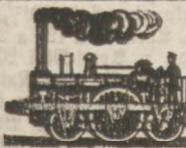
Oborniker Brücke.

Am 22. April. Kahn Nr. 490, Schiffer Gottlieb Machole, und Kahn

Bekanntmachung.

Die Kreiswundarztstelle Pleschner Kreises ist erledigt. Es werden qualifizierte Arzte und Wundärzte, welche sich um die Stelle bewerben wollen, hierdurch aufgefordert, sich binnen 6 Wochen unter Einreichung ihrer Qualifikationszeugnisse bei uns zu melden.

Posen, den 19. April 1861.
Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.
v. Selzer.



Stargard-Posen Eisenbahn.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Stargard-Posen Eisenbahngesellschaft wird Dienstag den 7. Mai c. Vormittags 11 Uhr im hiesigen Börsenhause stattfinden.

Diejenigen Herren Aktionäre, welche derselben bewohnen wollen, haben am 6. Mai c. am Tage der Versammlung bis halb elf Uhr Vormittags bei dem Betriebssekretär Wiesing im hiesigen Hotel du Nord ihre Legitimation zur Ausübung ihres Stimmrechtes nach Vorwissen des §. 56 des Statuts zu führen.

Ebenfalls werden innerhalb der letzten Tage vor dem 7. Mai c. der gedruckte Verhandlungsbericht und die Tagesordnung zur Einziehung für die Herren Aktionäre bereit gestellt werden.

Stettin, den 2. April 1861.
Der Verwaltungsrath der Stargard-Posen Eisenbahngesellschaft.
(1861) Heegwaldi. Müller. Nahm.

Nothwendiger Verkauf.
Königliche Kreisgerichts-Kommission zu Chodzien.

Das dem Gutsbesitzer Louis Germershausen und dessen Ehefrau Anna geborenen Spitta gehörige Mühlengut Papiermühle, auch Buchwald genannt, nebst zwei Wiesen, abgelt auf 16,856 Thlr. 20 Sgr. zufolge der Hypothekenschein und Bedingungen in unser Registral einzuholende Tage, soll vor dem Herrn Kreisrichter Noetel am 2. Oktober 1861.

10 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle substaft wird.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Substaftsgerecht zu melden.

Der Eigentümer Franz v. Zychlinski

und der Realgläubiger, ehemalige preußische

Secondelteutenant im 2. Artillerieregiment

den 20. November 1861 Vormittags

am ordentlicher Gerichtsstelle hier selbst verkauft werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich damit im obigen Termine zu melden.

Alle unbekannten Realpräidenten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Prälusion aufzustellen, in diesem Termine zu melden.

Mit Bezugnahme auf obige Bekanntmachung empfehle ich die Dresdener Feuer-Versicherungsgesellschaft zu Versicherungen gegen Feuergefahr für alle beweglichen Gegenstände, so wie für solche Immobilien, deren Aufnahme der betreffenden öffentlichen Sozialität in ihrem Reglement untersagt oder von dem Ermessens der selben abhängig gemacht ist.

Die Prämien sind entsprechend billig und fest, so dass Nachzahlungen nie stattfinden.

Grundkapital Drei Millionen Thaler.

Die unentgeltliche Aushändigung der Prospekte, Versicherungsbedingungen und Antragsformulare, so wie die An-

nahme von Versicherungsanträgen erfolgt im Bureau der Generalagentur, Wilhelmplatz Nr. 3, und durch die

Haupt- und Spezialagenten der Gesellschaft, deren Namen nach deren Bestätigung werden bekannt gemacht werden.

Posen, den 23. April 1861.

Die von mir pachtweise übernommenen Räume des hiesigen Kurhauses erlaube ich mir bei der herannahenden Saison angelegentlich zu empfehlen, und wird es immer mein Bestreben sein, die Wünsche meiner geehrten Gäste nach besten Kräften zu befriedigen.

Ober-Salzbrunn, im April 1861.

F. Vogel.

Bitte zu beachten!

Restauration von L. Cassel (früher in Posen),

Berlin, Neuer Markt 16.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die an der Ausstattung des neuen Garnisonlazaretts noch fehlenden Utensilien, veranschlagt	1623 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf.
1) die Tischler- und Zimmerarbeiten zu	137 . . . 25 . . . 6 . . .
2) die Schlosser- resp. Schmiedearbeiten zu	679 . . . 20 . . . 8 . . .
3) die eisernen Bettstellen zu	317 . . . 24 . . . 6 . . .
4) die Klempnerarbeiten zu	140 . . . 15 . . . — . . .
5) die Kupferschmiedearbeiten zu	526 . . . 14 . . . 3 . . .
6) Gussel- und Eisenwaren	588 . . . 2 . . . 6 . . .
7) die Tapezierarbeiten zu	276 . . . 10 . . . 4 . . .
8) die Fayence-Geschirr- und Glaslieferung zu	207 . . . — . . . — . . .
9) die Böttcherarbeiten zu	180 . . . 3 . . . 3 . . .

sollen am

Freitag den 26. d. M. Vormittags 10 Uhr

in unserem Geschäftskontor im Wege der Submission öffentlich verdungen werden.

Hierauf reflektirende, taugensfähige Unternahmer haben ihre mit der Aufschrift „Submission für Utensilienlieferung“ versehenen Offerten bis spätestens 1/4 Stunde vor dem anberaumten Termin verfugt im Geschäftskontor abzugeben, woselbst auch die Bedingungen und Kosten anschläge täglich einzusehen sind.

Posen, den 21. April 1861.

Königliche Garnison-Lazarethkommission.

Bekanntmachung.

Der zum Verkauf des Adam von Lützow'schen Hausesgrundstücks St. Martin Nr. 274 auf den

29. Mai d. J.

angegebene Termin wird aufgehoben.

Posen, den 10. April 1861.

Königl. Kreisgericht. II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Pleschen.

Große Abtheilung.

Pleschen, den 28. Februar 1861.

Das im Regierungsbezirk Posen und dessen Pleschner Kreise belegene, dem Gutsbesitzer Franz v. Zychlinski gehörige adlige Rittergut Karsy, abgegärt auf 64,991 Thlr. 14 Sgr. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuhenden Tage, soll vor dem Herrn Kreisrichter Noetel am 2. Oktober 1861.

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle substaft wird.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Substaftsgerecht zu melden.

Der Eigentümer Franz v. Zychlinski

und der Realgläubiger, ehemalige preußische

Secondelteutenant im 2. Artillerieregiment

den 20. November 1861 Vormittags

am ordentlicher Gerichtsstelle hier selbst verkauft werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich damit im obigen Termine zu melden.

Alle unbekannten Realpräidenten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Prälusion aufzustellen.

Posen, im obigen Termine zu melden.

Die Prämien sind entsprechend billig und fest, so dass Nachzahlungen nie stattfinden.

Den Leidenden und Kranken,

die sich portofrei an mich wenden wollen, werde ich mit Vergnügen die warm zu empfehlende Schrift (des Dr. Wilhelm Ahberg) „die natürliche Heilkraft der Kräuter- und Pflanzenwelt, oder untrüglich heilsame Mittel gegen Magenkampf, Hämorrhoiden, Hypochondrie, Hysterie, Gicht, Strophelin, Unterleibbeschwerden aller Art, auch gegen den Bandwurm, wie überhaupt gegen alle durch verdorbene Säfte, Blutstöckungen u. s. w. hervorrührende innere und äußerliche Krankheiten“ mit dem Motto: „Prüfet Alles, das Beste behält,“ unter Kreuzband unentgeltlich zusenden.

Dr. F. Kühne in Braunschweig.

Am 22. April 1861.

Dresdener Feuer-Versicherungsgesellschaft.

Wir zeigen hierdurch ergebenst an, daß wir

Herrn Theodor Gerhardt in Posen

Generalagenten für die Provinz Posen ernannt haben.

Berlin, den 22. April 1861.

Die Subdirektion.

Dr. G. A. Schellenberg.

Mit Bezugnahme auf obige Bekanntmachung empfehle ich die Dresdener Feuer-Versicherungsgesellschaft für alle beweglichen Gegenstände, so wie für solche Immobilien, deren Aufnahme der betreffenden öffentlichen Sozialität in ihrem Reglement untersagt oder von dem Ermessens der selben abhängig gemacht ist.

Die Prämien sind entsprechend billig und fest, so dass Nachzahlungen nie stattfinden.

Grundkapital Drei Millionen Thaler.

Die unentgeltliche Aushändigung der Prospekte, Versicherungsbedingungen und Antragsformulare, so wie die An-

nahme von Versicherungsanträgen erfolgt im Bureau der Generalagentur, Wilhelmplatz Nr. 3, und durch die

Haupt- und Spezialagenten der Gesellschaft, deren Namen nach deren Bestätigung werden bekannt gemacht werden.

Posen, den 23. April 1861.

Die von mir pachtweise übernommenen Räume des hiesigen Kurhauses erlaube ich mir bei der herannahenden Saison angelegentlich zu empfehlen, und wird es immer mein Bestreben sein, die Wünsche meiner geehrten Gäste nach besten Kräften zu befriedigen.

Ober-Salzbrunn, im April

